1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 13, 30. März 1979 13. Jahrgang 50 Pfennig

RUB Bochum Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
S2D 3426

Tarifabschluß bei ÖTV und Chemie

Klunker und Hauenschild sichern Unternehmerprofite

Die „Süddeutsche Zeitung" jubelte in ihrer Montagsausgabe: „Eine Lohnrunde der Vernunft". Alles, was arbeiterfeindlich und profitgierig ist oder in irgendeiner Weise am langen Arm der Monopole hängt, reagierte mit Zufriedenheit und Erleichterung auf die Tarifabschlüsse vom vergangenen Wochenende im öffentlichen Dienst und in der chemischen Industrie. Die betroffenen Arbeiter und kleinen Angestellten aber sind empört.

Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst einschließlich Bundesbahn und Post erhalten vier Prozent mehr Lohn und Gehalt. Das Urlaubsgeld wurde um 150 Mark auf immer noch jämmerliche 300 Mark aufgestockt, wobei diese 300 Mark auch noch auf zwei Jahre festgeschrieben wurden. Die Auszubildenden mit ihren mageren Ausbildungsvergütungen erhalten schäbige 5,5 bis 9,5 Prozent mehr.

Nicht besser sieht der Abschluß in der chemischen Industrie aus. 4,3 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung bei 13 Monaten Laufzeit. Umgerechnet auf 12 Monate sind das knapp 4 Prozent. Die Auszubildenden erhalten zwischen 21 und 31 Mark mehr.

Dieser niedrige Abschluß in der Lohnrunde bei Chemie ist um so empörender, als gleichzeitig auch die Verhandlungen über den neuen Manteltarifvertrag ganz auf Unternehmerlinie abgeschlossen wurden.

Die 35-Stunden-Woche wurde ganz draußen vor gelassen. Für die Schichtarbeiter wird die wöchentliche Arbeitszeit erst bis 1982 von jetzt noch 42 Stunden auf dann 40 Stunden verkürzt.

Der 30-Tage-Urlaub wird stufenweise eingeführt und soll erst in fünf Jahren — bis 1985 — für alle verwirklicht werden. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 5 Jahren. Er ist bis zum Jahresende 1984 zum ersten mal kündbar. Das heißt: Bis dahin soll über die 35-Stunden-Woche gar nicht mehr gesprochen werden. Die Führungen der ÖTV und der IG Chemie-Papier-Keramik werden von den Bonner Ministern und den verschiedenen Sprachrohren der Monopole wegen ihrer „wirtschaftlichen Einsicht" hochgelobt. Diese „wirtschaftliche Einsicht" der Klunker, Hauenschild und Konsorten bedeutet für die Arbeiter und kleinen Angestellten, daß ihr Realeinkommen sinken wird und daß die Arbeitsplätze in Zukunft noch weniger gesichert sein werden.

Gleichzeitig können sich die Konzernherren und ihre Geldbriefträger in den Bonner Ministersesseln die Hände reiben. Ihre Profite werden weiter fröhlich in den Himmel wachsen. Nach dem neuesten Bericht der Bundesbank sind im zweiten Halbjahr 1978 die Unternehmergewinne um 16,5 Prozent gestiegen, während gleichzeitig die Lohnquote gesunken ist.



Weitere „Kostendämpfung" im Gesundheitswesen

Am Donnerstag, den 22. März 1979, trat in Bonn die „Konzertierte Aktion" im Gesundheitswesen zusammen. Dieses Gremium ist eine Errungenschaft des Kostendämpfungsgesetzes von 1977. Teilnehmer sind die Krankenkassen, die Organisationen der Ärzte, Zahnärzte sowie der Pharmaindustrie. Den Vorsitz führte der Bundesarbeitsminister Ehrenberg. Das große Motto der Tagung war die Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Da wurde zum Beispiel einvernehmlich festgelegt, daß für den Bereich der gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für die Einzelbehandlung im Jahre 1979 nicht mehr als zwei Prozent steigen darf. Diese zwei Prozent liegen noch unter der amtlich vorhergesagten Inflationsrate. Das bedeutet, daß für die Behandlung des einzelnen Patienten effektiv weniger Geld bereitgestellt werden soll.

Besonders katastrophal wirkt sich die Kostendämpfung auf die Krankenhäuser aus. Schließungen, Bettenabbau, Personaleinsparung, Schließung von Spezialabteilungen (zum Beispiel Herzchirurgie in Essen) sind der konkrete Ausdruck der Kostendämpfung.

Wenn jetzt bei der Tagung in Bonn gefordert wurde, daß die „Möglichkeiten der Rationalisierung voll auszuschöpfen" seien, dann wird das auf einen noch größeren Widerstand des Krankenhauspersonals und der betroffenen Bevölkerung stoßen.

Hauenschilds Rücktritt gefordert

Nachdem der Hauptvorstand der IG Chemie gegen den Beschluß des Beschwerdeausschusses, ohne Zustimmung des gewerkschaftlichen Betriebsrats und gegen den erklärten Willen des zuständigen Verwaltungsstellenvorstandes den Geschäftsführer Ferdinand Patschkowski der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden vom Dienst suspendiert hatte, brach ein Sturm des Protestes an der Gewerkschaftsbasis los.

Patschkowski hatte sich kritisch mit Plänen der Gewerkschaftsführung auseinandergesetzt, die auf die drastische Einschränkung der Mitgliederrechte in der Gewerkschaft abzielen.

Die Delegiertenkonferenzen der Verwaltungsstellen Hannoversch-Münden, Nienburg, Siershan, Saarbrücken, Wuppertal und Neuwied haben die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages verlangt. Die Verwaltungsstelle Nienburg fordert Hauenschilds Rücktritt.

Auch die zuständige Rechtsstelle des DGB hat das Vorgehen Hauenschildts mißbilligt (ausführlicher Bericht auf Seite 5).

Demonstration bei Thyssen/Krefeld



In der letzten Woche zogen etwa 3.000 Arbeiter und Angestellte der Thyssen Edelstahlwerke in Krefeld in einem Demonstrationszug von ihren Arbeitsplätzen zur Hauptverwaltung. Grund der Proteste waren Pläne des Vorstands, im Zusammenhang mit Rationalisierungen zwei Walzstraßen stillzulegen. Dies würde die Vernichtung von 1.400 Arbeitsplätzen bedeuten. Die zur Rede gestellten Vorstandsmitglieder suchten die Kampfbereitschaft der Belegschaft mit der Behauptung, alle Arbeitsplätze seien gesichert, zu beschwichtigen.

Wegen Streik: 70 türkische Kollegen gefeuert!

Bad Zwischenahn. Am Mittwoch, den 21.3., wurde in der Spinnerei und Zwirnerei Ripken über einen neuen Haustarifvertrag verhandelt. Im Betrieb arbeiten 70 deutsche und 70 türkische Kollegen. Die türkischen Kollegen, die schon vorher zwei Warnstreiks organisiert hatten, nahmen die Arbeit erst gar nicht wieder auf, als sie hörten, daß die Tarifverhandlungen ergebnislos auf Mitte Mai vertagt worden waren.

Trotz mehrfacher Aufforderung von Geschäftsleitung und Gewerkschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen, stand die Streikfront der türkischen Kollegen.

Am Donnerstag, dem 22.3., frühmorgens, sprach die Geschäftsleitung gegen alle 70 ausländische Kollegen die fristlose Kündigung aus — mit der Zustimmung der Gewerkschaft!

Marsch auf Hannover hat begonnen



Der von der Lüchow-Dannenberger Bürgerinitiative und den Bauern angekündigte Treck von Gorleben nach Hannover hat mit rund 3.000 Teilnehmern begonnen. Am 31.3. wollen sich die Teilnehmer des Trecks mit Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet und dem Ausland zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und das Bonner Atomprogramm vereinigen (siehe Artikel auf Seite 6).

Grubenunglück in Dortmund-Huckarde

„Plötzlich hörte ich ein lautes Bum-Bum. Ich hatte Angst. Der Luftdruck stieg an. Ich konnte kaum atmen. Ich wollte meinen Staubfilter aufsetzen, verlor ihn aber. Ein Steiger hat mich rausgeholt." Der türkische Lehrhauer Saban Savuran (33) hat noch einmal Glück gehabt, als sich am Donnerstag, den 22.3. gegen 19.30 Uhr auf der Zeche Hansa in Dortmund-Huckarde in etwa 800 Meter Tiefe eine Schlagwetterexplosion ereignete. Sieben seiner Kollegen wurden bei dem Unglück getötet.

„Ich habe schon viele Unfälle erlebt, aber es war meine erste Schlagwetterexplosion", meinte der 44jährige Rolf Schrade, der in seiner Freizeit Tauben züchtet. Er ist noch einmal mit leichten Verletzungen davongekommen. „Es knallte, ich flog fünf Meter weit weg und zog meinen Selbstfilter vor's Gesicht, als ich die Rauchschwaden roch."

Freitag früh vor dem Tor berichtet ein Kumpel von der Grubenwehr: „Ein Kollege — er hätte demnächst seinen fünfzigsten Geburtstag gehabt — liegt mit unten. Er hat sich unheimlich auf den Fünfzigsten gefreut, denn er konnte die Arbeit im Berg nicht mehr richtig packen!" (Mit fünfzig hätte er in Rente gehen können.) Ein anderer Kumpel: „Meine Frau war heute morgen völlig fertig mit den Nerven."

(Siehe auch Seite 6.)

Paris: Gewaltige Demonstration der Stahlarbeiter

Rund 50.000 Stahlkocher aus den Industrierevieren von Nordfrankreich und Lothringen kamen am vergangenen Freitag mit Bussen und Sonderzügen nach Paris. Sie setzten damit ihre Aktionen gegen die Pläne der Stahlbarone und der Regierung fort, in den nächsten Jahren 27.000 Arbeiter auf die Straße zu setzen.

In der Region von Paris legten eine halbe Million Werktätige aus Solidarität mit den Stahlwerkern die Arbeit nieder. Die Zahl der Teilnehmer an dem gewaltigen Aufmarsch durch die Straßen der Hauptstadt wird von der Gewerkschaft CGT mit 700.000 angegeben. Es war die größte Arbeiterdemonstration, die Frankreich seit langem erlebt hat. Die Pariser Werktätigen hatten die Straßen ihrer Stadt mit unzähligen Transparenten geschmückt, auf denen die Solidarität mit den Stahlarbeitern und der Protest gegen Kapital und Regierung bekundet wurden.

Besonders herzlich empfangen von den französischen Werktätigen wurde eine Delegation von Stahlarbeitern aus dem Ruhrgebiet, die mit ihrer Teilnahme an dem Aufmarsch die Verbundenheit der Werktätigen unseres Landes mit den französischen Kollegen ausdrückte.

Während der großen Demonstration verübte die Polizei eine Reihe von schweren Provokationen. So konnten Gewerkschafter etwa einen zivilen Polizisten stellen, der als Lockspitzel die Demonstranten zu Ausschreitungen anzustacheln versuchte.



„Solidarität — Stahlarbeiter in der EG". Dieses Transparent trugen deutsche Stahlarbeiter auf der Demonstration in Paris mit.

Kommentar

In der letzten Woche glänzte Bonn wieder einmal durch eine „soziale Tat". Das Bundeskabinett „lockerte" aus „humanitären und gesellschaftspolitischen Gründen" — wie es hieß — die Sperrfrist für die Beschäftigung von Kindern und Ehegatten ausländischer Arbeitnehmer.

Nach der bisher geltenden Regelung für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern durften Erwachsene, die ihren in der Bundesrepublik arbeitenden Ehegatten nach dem 30. November 1974, und Kinder, die ihren in der Bundesrepublik arbeitenden Eltern nach dem 31. Dezember 1976 nachgereist waren, hier nicht arbeiten.

Bundesrepublik, das nachgereiste Kind erst nach zwei Jahren. Wenn ein ausländischer Arbeiter heute seine Familie in die Bundesrepublik nachholt, dann darf sein Sohn oder seine Tochter frühestens im März 1981 nach Arbeit suchen, seine Frau gar erst im März 1983.

Zweitens wird die Arbeitserlaubnis nur für die Berufe oder Branchen gegeben, in denen Arbeitskräftemangel herrscht. Wie in einem Schreiben des Bundesarbeitsministeriums ausdrücklich betont wird, „muß auf eine strikte Beachtung des §19 Arbeitsförderungsgesetz (Vorrang deutscher Arbeitnehmer) und bei den Ehegatten

Ausländische Arbeiter — Menschen zweiter Klasse

Wievielen ausländischen Familien sind durch diese Sperrfristregelung ihre sozialen und persönlichen Bedingungen und ihr Familienleben zerstört worden? — Man muß sich' das einmal vorstellen: Da hat sich ein ausländischer Arbeiter — ins Land gelockt durch die Versprechungen der Politiker und Konzerne — in jahrelanger, harter Arbeit eine Existenz aufgebaut und will nun seine Familie in die Bundesrepublik nachholen. Er kann dies infolge der „Sperrfrist" jedoch nur um den Preis, daß seine herangewachsenen Kinder hier in der Arbeitslosigkeit verkommen. Seine Frau kann an etwas anderes als Arbeit im Haushalt nicht denken. Auch daran zeigt sich, was die hochoffiziellen Reden von „Gleichberechtigung der Frau" und „Chancengleichheit im Beruf" wirklich wert sind.

Die Sperrfristregelung war in ihrer alten Form ein krasser Ausdruck der Tatsache, daß ausländische Arbeiter für die Verantwortlichen hierzulande nur Menschen zweiter Klasse sind, Arbeitsvieh, das keine eigenen Belange und Interessen zu haben und zu äußern hat.

Die Sperrfristregelung wurde nun „gelockert". Sind damit jedoch auch die unwürdigen Zustände, ist damit auch die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien beseitigt worden?

Erstens wurde die Sperrfristregelung eben nur „gelockert", nicht aufgehoben. Der nachgereiste Ehepartner erhält eine Arbeitserlaubnis erst nach vier Jahren Aufenthalt in der

ferner auf die ausschließliche Vermittlung in Bereiche mit personellen Engpässen geachtet werden." An diesem Hinweis zeigt sich deutlich das Wesen und der tiefere Sinn der ganzen Bonner „Humanität". Die vielgerühmte Lockerung dient letztlich doch nur dazu, neue Arbeitskräftereservoirs für die Unternehmer zu erschließen. Dies gibt das Bundesarbeitsministerium auch offen zu, wenn es feststellt, daß die Hälfte der in Frage kommenden rund 50.000 ausländischen Frauen und Jugendlichen „voraussichtlich geringfügige Beschäftigungen oder Tätigkeiten aufnehmen wird, für die deutsche Arbeitskräfte nur schwer zu gewinnen sind." — Die „Humanität" der Herrschenden geht hierzulande genau so weit, wie das Profitinteresse der Unternehmer reicht.

Die Lockerung der Sperrfristenregelung — so verlogen und ungenügend sie ist — bedeutet für einige zehntausend Ausländer in der Bundesrepublik immerhin eine gewisse Erleichterung in ihrer mißlichen Lage. An der Diskriminierung und Benachteiligung ausländischer Arbeiter ändern die neuen Bestimmungen jedoch nichts; sie schreiben die Diskriminierung und Benachteiligung nur noch einmal fest, institutionalisieren sie noch mehr. Der kapitalistische Staat, der die ausländischen Arbeiter zur Ausbeutung ins Land geholt hat, ist nicht willens und in der Lage, ihnen und ihren Familien ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Benzin-Bezugsscheine ausgegeben

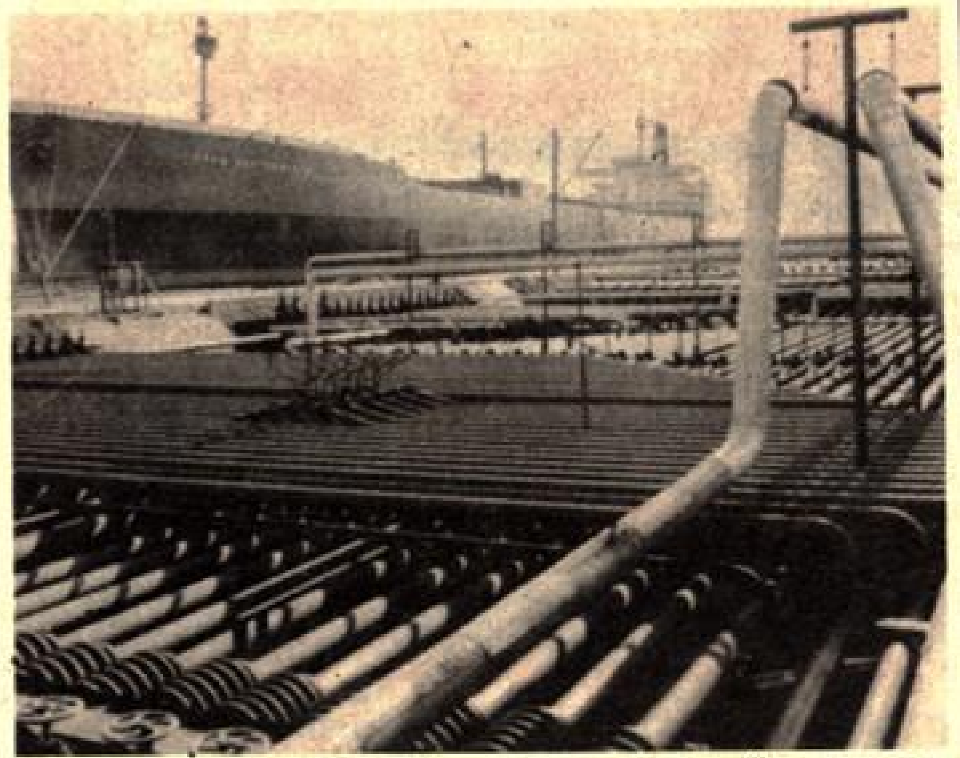
Angst um „Ölkrise" wird weiter angeheizt

In der vergangenen Woche wurde bekannt, daß vom Bonner Wirtschaftsministerium Bezugsscheine für Benzin an die örtlichen Behörden der Bundesrepublik ausgegeben wurden. Soll der Treibstoff rationiert und nur noch auf Marken abgegeben werden? Dieser Eindruck mußte bei vielen entstehen, als beispielsweise im Fernsehen schon vorgeführt wurde, wie der Benzinkauf auf Bezugsschein funktioniert.

Und genau ein solcher Eindruck sollte wohl auch entstehen. Das fügt sich ein in die gegenwärtig betriebene Panikmache um eine neue „Ölkrise". Und gerade Wirtschaftsminister Lambsdorff gehört ja zu denjenigen, die am häufigsten das Gespenst einer „Ölverknappung" an die Wand malen. Die Folgen dieser angeblichen Krise der Ölversorgung bekommen die Werktätigen unseres Landes ohnehin immer deutlicher zu spüren. Nicht nur mit der Explosion der Heizölpreise und der ständigen Verteuerung des Benzins.

Für den Flug in den Urlaub verlangen Reiseunternehmen jetzt schon einen „Ölzuschlag". Die chemische Industrie hat drastische Preiserhöhungen angekündigt, ebenso die Bundesbahn für den Güterverkehr — alles mit dem Hinweis auf die „Ölkrise". Wie es sich wirklich verhält mit der angeblichen Verknappung des Erdöls, wer an den schwindelerregenden Preiserhöhungen dreht, darüber geben Zahlen Auskunft, die kürzlich vom Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft veröffentlicht wurden. Zahlen, die keine Schlagzeilen in den Zeitungen machten und nicht in der Tagesschau erschienen.

Danach war die Rohöleinfuhr in die Bundesrepublik im Februar um ein ganzes Drittel höher als im gleichen Monat des vergangenen Jahres. Auch das Bundesamt mußte in diesem Zusammenhang bestätigen, daß die zeitweilig ausgefallenen Exporte aus dem Iran von anderen Ländern wie Saudi-Arabien, Libyen und Nigeria vollständig ausgeglichen wurden. Von einer tatsächlichen Verknappung kann also keine Rede sein.



Von Ölverknappung kann keine Rede sein, die Lager der Ölgesellschaften sind voll. Supertanker „Esso Deutschland" in Rotterdam.

Und genauso sieht es mit den Rohölpreisen aus. Während die Erzeugerländer im vergangenen Jahr noch 223 Mark pro Tonne bekamen, waren es in diesem Jahr nur noch 212 Mark. Der Grund dafür liegt darin, daß das Rohöl in Dollar bezahlt wird und die westdeutschen Filialen der Ölmultis aus dem Verfall des Dollars gegenüber der D-Mark entscheidende Vorteile ziehen konnten. Was bleibt also von der ganzen Ölkrise übrig?

Es sind wieder einmal die großen Konzerne, die auf der einen Seite das Öl künstlich verknappen und auf der anderen Seite ihre Monopolstellung dazu ausnutzen, die Preise für die Verbraucher in immer neue Höhen zu treiben. Die nebenstehende Grafik gibt ein anschauliches Bild davon, in welchem Maße diese Konzerne ihren Umsatz seit der letzten „Ölkrise" von 1973 steigern konnten. Für den größten unter ihnen, den Rockefeller-Konzern Exxon (Esso) fiel im vergangenen Jahr ein Reingewinn von säge und schreibe 2,76 Milliarden Dollar ab.

Angesichts der gegenwärtigen Preistreiberei können die Monopole, die das ganze Ölgeschäft von der Quelle bis zur Tankstelle in der Hand haben, wohl mit ähnlichen Superprofiten rechnen. Und das mit der Billigung Bonns. Typisch für die Haltung der Bonner Parteien gegenüber den Ölmonopolen war in der vergangenen Woche der SPD-Kongreß „Ökonomie — Ökologie — Umweltpolitik" Dort fielen zwar einige demagogische Worte gegen die Multis, aber kein einziger Vorschlag zur Eindämmung ihrer Preistreiberei wurde erörtert. Stattdessen trat der SPD-Spitzenpolitiker Eppler mit dem Plan hervor, die Heizölsteuern noch weiter zu erhöhen, um der Bevölkerung das Energiesparen beizubringen.

Fest an der Seite der Ölmultis stehen auch die IG-Chemie-Führer. Vorstandsmitglied Küper erklärte die Erhöhung der Benzinpreise für notwendig — „die Mineralölunternehmen haben nämlich einen Nachholbedarf an Gewinn."

DIE SIEBEN SCHWESTERN IM GOLDRAUSCH

Umsatzentwicklung der großen Erdölgesellschaften in Milliarden Dollar

	1973	1977
Gulf	8,4	17,8
Chevron	7,8	20,9
BP	7,7	20,9
Texaco	11,4	27,9
Mobil	11,4	32,1
Shell	18,7	39,7
Exxon	25,7	54,1

DER SPIEGEL

Ersatzlose Streichung des Radikalenerlasses!

Die Empörung über die reaktionäre Berufsverbotepraxis wächst an. Die Bewegung gegen die staatliche Gesinnungsschnüffelei wird von Tag zu Tag breiter. Selbst im Ausland ist die Empörung groß, und die Berufsverbote werden als Zeichen einer zunehmenden Faschisierung in der Bundesrepublik angesehen. Immer schwerer fällt es den verantwortlichen Politikern, die widerwärtige Schnüffelei des Verfassungsschutzes mit ihrem Geschwätz über den „freiheitlichsten deutschen Staat, den es je gab" in Einklang zu bringen.

Im letzten Monat wurden auf einer Großveranstaltung der GEW in Bottrop mit über 1.000 Teilnehmern die reaktionären Berufsverbote verurteilt. Am Sonnabend dieser Woche findet in Bonn eine Demonstration gegen die Berufsverbote statt.

Auch die sogenannte neue Regelung, die unter dem Eindruck der breiten Proteste von der Bonner Regierung verabschiedet und von einigen Bundesländern übernommen wurde, ändert nichts an der Tatsache, daß der Kampf gegen die Berufsverbote mit aller Kraft weitergeführt werden muß. Die bisherige Praxis hätte *„Zweifel an der Verfassung aufkommen lassen"*, erklärte Innenminister Baum.

Formal wurde die Regelanfrage abgeschafft und durch folgenden Grundsatz ersetzt: *„Anfragen* (beim Verfassungsschutz) *haben zu erfolgen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, daß der Bewerber nicht die Voraussetzung für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erfüllt."*

Schwammiger geht's nun wirklich nicht. Und wie werden diese Anhaltspunkte gefunden? Durch gezielte Bespitzelung des Bewerbers, seiner Äußerungen, seiner Tätigkeit und Lebensumstände! Die Schnüffelei wird nur verlagert vom routinemäßigen Amtsweg zwischen Einstellungsbehörde und Verfassungsschutz hin zum Arbeitsplatz des Bewerbers. Damit ist sie noch viel wirksamer.

Der Kampf für die ersatzlose Streichung des Radikalenerlasses steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Berufsverbote müssen fallen!

DDR-Grenzsperren ausgebaut

Die Regierung der DDR hat im vergangenen Jahr ihre Sperranlagen an der Grenze zur Bundesrepublik weiter verstärkt. Zur „Umrüstung und Erneuerung" der Sperren waren an jedem Werktag durchschnittlich über 450 Mann eingesetzt; sie wurden täglich von etwa 150 Soldaten bewacht.

Der Metallgitterzaun an der DDR-Grenze wurde gegenüber 1977 von 1.141 auf 1.211 Kilometer ausgedehnt. Die Hundelaufanlagen nehmen nun — gegenüber 79 Kilometern mit 985 Hunden — 96 Kilometer mit 998 Hunden ein. Die Zahl der Beobachtungstürme wuchs von 576 auf 625. Die Zahl der Selbstschußapparate wurde von 29.120 auf 34.800 Stück vermehrt. Damit hat die mit Selbstschußanlagen „ausgerüstete" Strecke 348 Kilometer erreicht, gegenüber 291 Kilometer im Jahr 1977.

Die Angaben über die DDR-Grenzsperren stammen aus dem jetzt veröffentlichten Bundesgrenzschutzbericht. Nach dem Bericht ist auch der Bundesgrenzschutz im Jahr 1978 nicht „untätig" geblieben. Seine Personalstärke erreichte mit 21.782 Beamten einen neuen Höchststand seit seiner Gründung.



60.000 Behinderte arbeitslos

In der Bundesrepublik gibt es über 60.000 arbeitslose Behinderte. Dies erklärte der Bundesvorsitzende des „Reichsbundes der Kriegsopfer, Sozialrentner und Hinterbliebenen", Rudolf Kleine. Anläßlich der Eröffnung der Ausstellung „Der Behinderte im Beruf" in Münster wurde bekannt, daß allein in Nordrhein-Westfalen 25.000 Behinderte arbeitslos sind.

Protest gegen „Graue Wölfe"

Am vorletzten Wochenende protestierten in Herborn rund 100 türkische Werktätige aus dem Raum Gießen-Dillenburg-Siegen gegen die terroristischen Aktivitäten der faschistischen türkischen MHP-Partei und ihrer Unterorganisation „Graue Wölfe". Anlaß der Proteste war ein Überfall türkischer Faschisten auf den Sozialberater der Arbeiterwohlfahrt Dillenburg, Ali Inceöz. Inceöz war Anfang März in seinem Büro mißhandelt und niedergestochen worden. Die Demonstranten, die in das Bürgerhaus in Herborn-Burg zogen, trugen Transparente mit Aufschriften wie „BRD darf nicht Tummelplatz der ‚Grauen Wölfe' sein", und: „Unsere Kinder sind nicht geboren, um von Faschisten getötet zu werden."

Die Arbeiter sollen die Krisenlasten tragen

Die Schichtarbeit soll ausgeweitet werden

Nicht anders als die westlichen Kapitalisten sucht auch die neue Bourgeoisie in der DDR die Lasten der sich verschärfenden Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Für die Arbeiter in den Betrieben bedeutet das: Rationalisierungen, Steigerung der Arbeitshetze, Ausdehnung der Schichtarbeit.



Eine Seite aus dem Artikel in der „Neuen Berliner Illustrierten". Bezeichnend ist, daß die Frage „Nutzt jeder die Arbeitszeit voll aus?" am größten geschrieben und einem Arbeiter in den Mund gelegt ist. Als sei die Arbeitshetze für die Ostberliner Bonzen im Interesse der Arbeiterklasse!

Mit der Ausdehnung der Schichtarbeit befaßte sich kürzlich die DDR-Zeitschrift „Neue Berliner Illustrierte" (NBI). Die Illustrierte beklagt zunächst eine ungenügende Ausnutzung der Produktionsgebäude, Anlagen und Maschinen in der DDR: „14,9 Stunden pro Arbeitstag liefen unsere hochproduktiven Maschinen. Doch Experten haben errechnet, daß die technisch mögliche Nutzungszeit bei etwa 20 Stunden liegt."

Diesem „Mißstand" soll nun durch die Ausdehnung der Schichtarbeit abgeholfen werden. Zustimmend zitiert die NBI den Direktor für Technologie und Rationalisierung, Zerressen, vom Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober" in Ostberlin: „Erste Voraussetzung, noch weiter voranzukommen, ist verstärkte Dreischichtarbeit."

So glatt allerdings, wie es sie sich erhoffen, sind die Ziele der Bonzen und Bürokraten in der DDR nicht zu erreichen. Jedem Arbeiter sind die Auswirkungen von Schichtarbeit — besonders von Nachtschichtarbeit — klar: starke gesundheitliche Belastungen bzw. Schäden; Zerrüttung des Familienlebens; weitgehender Ausschluß vom gesellschaftlichen Leben.

So muß auch die NBI feststellen: „'Mit mir nicht', sagte uns ein 31jähriger Dreher, Vater einer neunjährigen Tochter und begeisterter Hockeyspieler. Er hat eigens den Arbeitsplatz gewechselt und sogar eine körperlich schwerere Arbeit auf sich genommen, um den Schichten aus dem Weg zu gehen. Solche Meinungen gibt es mehr."

Mit „Bearbeitungen" und durch Druck suchen die Verantwortlichen in den Betrieben den Widerstand der Arbeiter gegen die Ausweitung des Dreischichtsystems zu begegnen. „Gegenwärtig sind wir dabei", erklärt der Rationalisierungsdirektor Zerressen, „viele persönliche Gespräche mit den Kollegen am Arbeitsplatz zu führen, um verstärkt Einsicht in diese notwendige Aufgabe zu erreichen. Regelmäßig tagt der Rat der Parteisekretäre und wertet den Stand der Ergebnisse aus."

Weit sind die Herren allerdings noch nicht gekommen. In der Abteilung Kleinmechanische Fertigung in dem Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober" zum Beispiel arbeiten während der Frühschicht 68 Arbeiter an den Maschinen, mittags sind es nur 30 und nachts gar nur 11. Auch gesamtwirtschaftlich werden die entsprechenden Planziele nicht erreicht. „Im Vorjahr", schreibt die NBI, „erreichten wir in der Volkswirtschaft, die Ausnutzung unserer hochproduktiven Anlagen um 12 Minuten gegenüber 1977 zu erhöhen. Aber vorgesehen war im Fünfjahrplan ein jährlicher Zuwachs von 24 bis 30 Minuten. Das haben wir nicht geschafft."

In der letzten Woche hat die DDR-Führung erstmals zugegeben, daß in der DDR langfristige wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen. In einer von der SED herausgegebenen Argumentationshilfe wird als Grund die Verteuerung der Rohstoffe genannt. Nach der Broschüre handelt es sich um einen „Prozeß, den wir auf lange Sicht in unsere volkswirtschaftlichen Rechnungen einbeziehen müssen und auf den wir uns mit aller Konsequenz einzustellen haben." — Die Konsequenzen trägt dabei natürlich — die werktätige Bevölkerung. Der folgende Artikel aus dem „Roten Morgen", Ausgabe der Sektion DDR, analysiert, wie unter den Bedingungen des letzten Winters die Wirtschaftskrise in der DDR besonders deutlich zum Ausdruck kam.

Wirtschaftskrise in der DDR

Warum gibt es keine ausreichende Winterversorgung?

„Die DDR-Wirtschaft — stabil und leistungsfähig"? — Der diesjährige Winter entlarvte diese Dauerphrase der SED-Propaganda. Der extreme Wetterumschlag, drei Tage Schneesturm und Dauerfrost, und das ganze Lügengebäude stürzt zusammen wie ein Kartenhaus.

Zum Jahreswechsel brach der Winter plötzlich und hart ein. Die Folgen waren verheerend: Ausfall der Braunkohleförderung, Zusammenbruch des Transportwesens, Ausfall der Stromversorgung (es wurden große Kraftwerke abgeschaltet), Stillegung eines großen Teils der Großindustrie, katastrophale Folgen in der Landwirtschaft (Notschlachtungen, erfrorenes Vieh usw.). So sah es in der Wirtschaft für einige Tage aus. Sie war buchstäblich zusammengebrochen. Die Auswirkungen bekamen wir alle zu spüren: Stromabschaltungen (dadurch Ausfall der Heizungen, der elektrische Umwälzpumpen benötigen). Vielerorts gab es kein Wasser, durch den Ausfall der Pumpenanlagen usw., Arbeitan schlecht beheizten Arbeitsplätzen, Zwangs„urlaub" (das heißt, wo nicht gearbeitet werden konnte, wurden die Leute nach Hause geschickt und verpflichtet, den Verlust später durch Sonderschichten wieder hereinzuholen); es gab große Versorgungsschwierigkeiten der Bevölkerung, vor allen Dingen mit Kohlen. Die DDR-Wirtschaft kam bis an den Rand der wirtschaftlichen Katastrophe.

Wer es bisher nicht geglaubt hat, daß unsere Wirtschaft von der Hand in den Mund lebt, hat hier guten Anschauungsunterricht erhalten. Es hat sich gezeigt: Die DDR-Wirtschaft steckt in einer tiefen, permanenten Krise, genauso wie die gesamte westliche Welt. Am Beispiel der Energiewirtschaft wird dies besonders deutlich. Schon vor dem Wintereinbruch fehlte die Leistung von sage und schreibe zwei großen Kraftwerken am Netz. Es herrscht also eine starke Disproportion zwischen Energieerzeugung und -verbrauch in unserer Wirtschaft.

Da hilft es auch nicht, die extreme Witterungslage als „Naturkatastrophe" darzustellen: „Naturkatastrophe machte Wintervorbereitung zunichte." Warum die SED-Propaganda diese Demagogie verbreitete, ist klar. Es soll von den wahren Ursachen abgelenkt werden. Warum gibt es keine ausreichende Wintervorbereitung, warum keine ausreichenden Energiereserven, warum keine gut organisierte und schnelle Räumung der Eisenbahnstrecken und Straßen? Nur eine Antwort ist richtig. Die sauberen Herren von Partei- und Staatsführung, die großen Industriemanager haben sich die uneingeschränkte Gewalt über das Volkseigentum an den Produktionsmitteln, die Fabriken usw. verschafft.

Da so entstandene typische kapitalistische Profit-System (weitestgehende Zentralisation und Vergesellschaftung der Produktion auf der einen Seite und private kollektive Aneignung der Produktion durch die Herrschenden auf der anderen) hemmt das Schöpfertum, jede Initiative der Werktätigen, bringt unweigerlich Bürokratismus, Konkurrenzkampf auf allen Ebenen (in der gesamten Wirtschaftsführung, unter den Betrieben und innerhalb des Betriebes), Schlamperei, Privatproduktion der Leiter innerhalb der Betriebe usw. hervor. Jede wirkliche Planwirtschaft nach den Bedürfnissen des Volkes wird zur Illusion. Aus diesem Grund ist eine solche Wirtschaft auch nicht in der Lage, solchen möglichen Wetterschwierigkeiten vorzubeugen.

Ausbaden sollen wir es allemal. Also schneller arbeiten, Sonderschichten, Überstunden. Wir kennen das! Sonderschichten — aber zu Hause sitzen Frau und Kinder in der kalten Wohnung, womöglich noch ohne Wasser. Ob unsere Herren auch diese Sorgen haben? Wohl kaum. Nichtsdestotrotz stimmen sie das Lied von der für uns alle schwierigen Lage an, von dem Strang, an dem wir alle gemeinsam ziehen müßten usw. usf. Man könnte darüber herzlich lachen. Aber sie meinen es ernst, und wir müssen uns dagegen auflehnen. Verweigern wir alle Versuche, mit denen sie aus unseren Knochen die Planrückstände aufholen wollen.

(Aus: „Roter Morgen", Ausgabe der Sektion DDR, Februar 1979).

Gleichberechtigung der Frau in der DDR — Theorie und Wirklichkeit

„Bei uns ist die Gleichberechtigung der Frau voll hergestellt" — das kann man in der DDR beinahe täglich in der Zeitung lesen, dazu ein Bild von einem Mann, der den Kinderwagen schiebt.

Für den oberflächlichen Betrachter erscheint das sogar glaubhaft: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Bildungschancen, rechtliche Gleichstellung der Frau, Krippen und Kindergärten, verkürzte Arbeitszeit für Mütter, Babyjahr, Ausbau der Dienstleistungen, Männer, die sich an der Hausarbeit beteiligen.

Aber wie sieht das Leben der Frauen in der Praxis aus? Sind sie wirklich gleichberechtigt, also über den formell-juristischen Rahmen hinaus?

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", was ist dieses Prinzip wert, wenn nach fast 30 Jahren DDR noch immer in einem solchen Maß nach Männer- und Frauenberufen unterschieden wird. Verkäuferin, Kindergärtnerin, Krankenschwester, Frisöse, Raumpflegerin, Bandarbeiterin — das sind typische Frauenberufe. Das Einkommen liegt zwischen 350 und 550 Mark. Ein männlicher Facharbeiter dagegen verdient nur in Ausnahmefällen weniger als 600 Mark; hier liegt das Einkommen bei Normalschicht zwischen 600 und 800 Mark. Wie erniedrigend ist es für eine



Streß im Beruf...

Frau, sich von den Männern Bemerkungen anhören zu müssen wie folgende: „Für das Geld, das du verdienst, würde ich nicht mal morgens aufstehen." Ökonomische Unabhängigkeit — eine Grundvoraussetzung der Gleichberechtigung — hat die Frau damit bestimmt nicht erreicht, der Mann ist der „Ernährer", sie „verdient dazu". Ist ein Kind krank, bleibt schon aus diesem Grunde im allgemeinen die Frau zu Hause. Aus dem gleichen Grunde sind die Frauenberufe natürlich auch nicht angesehen, obwohl sie oft schwer und sehr wichtig sind. Man denke nur an den Beruf der Krankenschwester.

Ja, so hört man, wir können doch wenigstens arbeiten gehen, es gibt Kinderkrippen und -gärten, die Plätze sind sehr billig! Richtig, aber sollen wir dankbar dafür sein, daß der Drang der Frauen weg von den „3 K" (Kinder, Küche, Kirche) vom Staat schamlos ausgenutzt wird, um massenweise billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben! Und wie sieht sie denn praktisch aus, die allgemeine Berufstätigkeit der Frau? Die materiellen Voraussetzungen dafür sind hier und heute in keiner Weise gegeben. Um 6 Uhr hetzen Mutter und Kinder aus dem Haus, sind um 17 Uhr wieder da. Die halbe Stunde, die uns Frauen „großzügig geschenkt" wurde, reicht kaum aus für den Weg von einer Kindereinrichtung in die andere.

Oder denken wir an die langen Schlangen in den Kaufhallen, die miese Versorgung, das Herumrennen nach brauchbarer Kleidung. Selbst bei REWATEX „erwischt" längst nicht jeder die Früh- oder Spättour, muß also seine Wäsche selbst wegbringen oder waschen. Und die Münzautomaten sind nicht deswegen so leer, weil wir keine schmutzigen Sachen haben, sondern weil wir sie nicht bezahlen können.

Was nützen uns alle Lobsprüche auf unser Gesundheitswesen, wenn unsere Kinder laufend krank sind — übrigens einer der Hauptgründe für die ebenfalls als Geschenk deklarierte bezahlte Freistellung für ein Jahr der Mütter beim zweiten Kind. So sieht doch der Arbeitsrhythmus einer Frau mit Kindern aus: eine Woche im Betrieb, zwei Wochen kranke Kinder pflegen, eine Woche im Betrieb, zwei Wochen...

Das alles zeigt, daß von gleichen Chancen für beruflichen Erfolg für uns Frauen nicht die Rede sein kann. Aber wir gehen trotzdem arbeiten, müssen wir ja, denn vom Verdienst des Mannes kann kaum noch eine Familie leben.

Doch die Arbeit ist uns nicht Freude und Befriedigung, sondern Qual. Die Belastungen sind höher als viele Menschen ertragen können. Die hohe Scheidungsquote spricht für sich.

Ganz am Rande sei noch vermerkt, daß in der DDR die Frauen das drei- bis vierfache des Mannes an Hausarbeit leisten.



... Sorge um die Kinder: Von einer echten Verwirklichung der Gleichberechtigung kann man da wohl kaum sprechen!

Damit wir nicht anfangen, über unsere miese Lage nachzudenken, gibt es keine eigene Kultur für die Frau. Stattdessen Fernsehsendungen, Frauenzeitschriften, die uns auf Kochen, Liebe, Kindererziehung, Mode, Wohnkultur, sogenannte schöne Dinge lenken. Wo Diskussionen darüber geführt werden, daß Ellen B. von ihrem Mann betrogen wird, weil sie nicht auf sein Fußballinteresse eingeht, wo allen wirklichen Problemen und ihren gesellschaftlichen Ursachen aus dem Wege gegangen wird.

Einmal im Jahr, am 8. März, dürfen wir dann mit unserem staatlichen Leiter am Tisch sitzen, Kaffee trinken, Kuchen essen und die beklemmende Atmosphäre solcher Feiern überspielen. Oder eine der berüchtigten Frauentagsfeiern mitmachen, bei denen man sich vorkommt und auch angesehen wird wie eine Herde Kühe. Auf solche Frauen„ehrung" können wir verzichten.

Wir wollen arbeiten, denn ohne die allgemeine Berufstätigkeit der Frau gibt's keine Gleichberechtigung! Aber die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen so verändert werden, daß das wirklich möglich wird.

(Aus: „Roter Morgen", Ausgabe der Sektion DDR, Februar 1979.)

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Kundgebung vor dem Fernmeldehochhaus in der Bielefelder Innenstadt. Die Kundgebungsteilnehmer — hauptsächlich Auszubildende im Fernmeldebereich — bringen mit Sprechparolen ihre Empörung darüber zum Ausdruck, daß viele von ihnen nicht in dem erlernten Beruf übernommen werden sollen.

Protestaktionen gegen Postbeschlüsse:

„Gscheidle heißt er –uns bescheißt er!"

Bielefeld am 16. 3. 79. Vor den Toren des Fernmeldeamtes versammeln sich über 150 Auszubildende des Fernmeldebereichs und diskutieren erregt über die „Aussicht", in berufsfremde Arbeitsplätze bei der Post übernommen zu werden. Das sind die Folgen der scharfen Rationalisierungspläne bei der Deutschen Bundespost (siehe RM 12/79).

Die Versammlung, die spontan zusammengekommen ist, drängt auf weitere Aktionen. Der Vorsitzende des Ortsvereins der Deutschen Postgewerkschaft, Fernmeldeamt I, erklärt: „Die DPG wird bei dieser Sache am Ball bleiben. **Aber diese Aktion hier und heute ist falsch!"**

Die Reaktion der Auszubildenden: Kurzerhand wird der Streik ausgerufen und sofort geht es los in die Stadt. Mit der Sprechparole „1, 2, 3, 4 — Arbeitsplätze fordern wir" marschieren sie vor dem Rathaus auf, um Oberbürgermeister Schwickert zur Stellungnahme aufzufordern. Als sie erfahren, daß Schwickert wegen halbtägiger Beschäftigung als Berufsberater tätig ist, marschieren die Demonstranten weiter zum Arbeitsamt.

Aber der feine Herr läßt sich nicht blicken. „Es war ein besonders wichtiges Beratungsgespräch, das ich nicht unterbrechen konnte", erklärt er hinterher. Auf die Frage, was er den Jugendlichen denn gesagt hätte, wenn er die Möglichkeit gehabt hätte, antwortet er: „Dazu kann ich nichts sagen, das hätte die Situation ergeben müssen!"

Die Jugendlichen zogen noch vor das SPD-Büro, wo sich aber nur ein Sekretär der Jusos herauswagte, und kehrten danach an den Arbeitsplatz zurück. Einig waren sich alle: Das war erst der Anfang, der Kampf muß weitergehen!

Aufgeschreckt durch diese Demonstration führte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) am 21. 3. eine Kundgebung vor dem Fernmeldehochhaus der Bielefelder Innenstadt durch. Zu dieser Kundgebung kamen ca. 250 Teilnehmer. Zwei Drittel davon waren wieder Jugendliche, überwiegend Auszubildende im Fernmeldebereich. Während zwei Vertreter des Personalrats der Post Stellungnahmen für die DPG abgaben, formulierten die anwesenden Kundgebungsteilnehmer ihre Forderungen zum Teil „sehr drastisch", wie die bürgerliche Presse bemerkte.

Es waren Parolen zu hören wie zum Beispiel: „Gscheidle heißt er — uns bescheißt er", „1, 2, 3, 4 — Arbeitsplätze wollen wir!", „5, 6, 7, 8 — Gscheidle wird zur Sau gemacht" und „Die Lage ist total beschissen, ausgelernt und rausgeschmissen!". Viele Passanten blieben stehen, und es bildeten sich zahlreiche Diskussionsgruppen.

Im Anschluß an diese Kundgebung demonstrierten noch etwa 50 Auszubildende durch die Stadt vor das Gewerkschaftshaus, wo sie eine weitere Kundgebung abhielten.

Der Beschluß der Post über die geplante Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen hat auch in anderen Städten zu Protestaktionen geführt. So wurde auf einer Kundgebung der DPG vor der Oberpostdirektion in Düsseldorf bekannt, daß dort 1.195 Arbeitsplätze im Fernmeldedienst, darunter 260 Frauenarbeitsplätze, unbesetzt seien, wohingegen 200 gerade ausgebildete Fernmeldetechniker als Postboten und im Paketdienst eingesetzt werden sollen. Die über diese Tatsachen aufgebrachten jugendlichen Kundgebungsteilnehmer sollten dann durch die Worte des Präsidenten der Oberpostdirektion, Dr. Walter Kohl, beschwichtigt werden: „Es ist für alle Arbeit da!"

Auch in Bonn gingen die Auszubildenden auf die Straße!

Tarifabschlüsse ÖTV und Chemie

- 4 Prozent mehr Lohn und Gehalt vom 1. März an. Laufzeit 12 Monate.
- Erhöhung des Urlaubsgeldes von 150 auf 300 Mark. Laufzeit 2 Jahre.
- Die Auszubildenden (bisher erhalten sie 402 bis 518 Mark) erhalten eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen von 9,5 bis 5,5 Prozent (je nach Ausbildungsjahr).

- 4,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt je nach Tarifbezirk vom 1. April, 1. Mai oder 1. Juni an. Laufzeit 13 Monate (umgerechnet auf 12 Monate sind das knapp 4 Prozent).
- Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich um 21 Mark im ersten, um 24 Mark im zweiten, um 25 Mark im dritten und um 31 Mark im vierten Ausbildungsjahr.

Klöckner will Freischichten auszahlen

Nur ja keine zusätzlichen Arbeitsplätze . . .

Nur ja keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen. Das ist die Devise der Kapitalisten. Deshalb wollen die Bosse der Klöcknerhütte in Bremen die im neuen Manteltarifvertrag festgelegten bezahlten Freischichten für Nachtschichtler und Kollegen ab 50 Jahren finanziell abgelten.

Jährlich vier bezahlte Freischichten für Nachtschichtler und zwei für alle Kollegen ab 50 Jahren, ab 1981 dann Erhöhung der Freischichten für die Nachtschichtler auf sechs pro Jahr und der Altersfreischichten auf drei — das ist der Ersatz für die von der Stahlwerkern geforderte 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Nach 44 Streiktagen mußten die Kollegen sich mit diesem faulen Kompromiß abspeisen lassen, denn die Gewerkschaftsführung war ihnen in den Rücken gefallen.

Durch die 35-Stunden-Woche bzw. einen echten Einstieg in sie, hätte man den Arbeitsplatzvernichtungsplänen der Stahlbarone den Weg verlegen können. Allein bis Ende 1980 wollen sie 50.000 Arbeitsplätze vernichten. Insgesamt soll nach ihrem Willen in absehbarer Zeit jeder dritte Arbeitsplatz in der Stahlindustrie verschwunden sein. Mit vier oder sechs bezahlten Freischichten jedoch läßt sich an diesem Feldzug der Arbeitsplatzkiller nichts ändern. Bestenfalls können sie eine hemmende Wirkung auf die Arbeitsplatzvernichtung ausüben.

Aber selbst das möchten die Stahlbarone noch verhindern. Und auch dafür haben Loderer, Janßen und Herb ihnen Möglichkeiten offengelassen. In den Manteltarifvertrag wurden keine Festlegungen über die Art der Gewährung der Freischichten aufgenommen. Während etwa beim Urlaub grundsätzlich ein Verbot besteht, ihn finanziell abzugelten, ist das bei den jetzt vereinbarten Freischichten nicht so. Die IGM-Bonzen haben es bislang auch unterlassen, gegen die finanzielle Abgeltung der Freischichten irgendwie Stellung zu beziehen oder Maßnahmen zu ergreifen.

Die Klöckner-Bosse nutzen das jetzt aus. Zwar wird es auf der Klöckner-Hütte in Bremen möglicherweise 100 bis 120 Neueinstellungen geben. Das steht aber im Zusammenhang damit, daß infolge einer verbesserten Auftragslage die Produktion kräftig hochgefahren wird. Wurden im vergangenen Jahr monatlich 180.000 bis 190.000 Tonnen Walzstahl erzeugt, so sollen es ab April 240.000 bis 250.000 sein.

Die Klöckner-Bosse wollen die Zahl der Neueinstellung im Verhältnis zu dieser hochgefahrenen Produktion immer noch zu niedrig halten. Gleichzeitig soll das schon seit längerer Zeit laufende Rationalisierungsprogramm weiter durchgezogen werden. 63 Arbeitsplätze stehen in diesem Zusammenhang noch auf der Abschlußliste. Die Freischichten aus der neuen Manteltarifregelung wollen sie in Geld auszahlen, damit sie den Produktionsanstieg mit möglichst wenig Neueinstellungen durchziehen können.

Auf der Hütte gibt es dagegen einen breiten Widerstand. In Resolutionen und Stellungnahmen aus verschiedenen Abteilungen fordern die Stahlarbeiter, daß zur Abdeckung der Freischichten und auch des Mehrurlaubs zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen werden. Die finanzielle Abgeltung der Freischichten wird von den meisten Kollegen abgelehnt.

Rationalisierungsfeldzug

Um höchstmöglichen Profit aus ihrem Kapital herauszuholen, vernichten die Kapitalisten immer weitere Arbeitsplätze. Im folgenden einige Kurzberichte über Rationalisierungs- und Entlassungsmaßnahmen.

AEG

In den nächsten Jahren will der AEG-Konzern insgesamt 30.000 Arbeitsplätze wegrationalisieren. Vorgesehen sind Schließungen der AEG-Betriebe in Uffenheim und Bruchsal sowie Massenentlassungen bei AEG-Kanis in Nürnberg und Essen. Tausende AEG-Beschäftigte sollen kurzarbeiten.

Gegen die Rationalisierungspläne regt sich der Widerstand der Belegschaften. In der Gasturbinenfabrik in Essen, wo 180 Entlassungen geplant sind, gab es Anfang März eine Protestversammlung von 400 Kollegen. In Nürnberg (120 geplante Entlassungen) legten 400 Kollegen die Arbeit nieder. In Nürnberg und Essen wird auch eine vollständige Stillegung der Werke befürchtet.

Der AEG-Konzern machte im letzten Jahr einen Nettoprofit von 1,5 Milliarden Mark. Die Geschäftspolitik des Konzerns bestimmen sattsam bekannte Figuren wie der erst kürzlich im Zusammenhang mit Millionenschiebereien genannte Bankier Poullain, der Aussperrer Weisweiler und der Monopolist Flick.

Krupp-Bochum

Der Krupp-Konzern beabsichtigt, im Bereich seiner Bochumer Betriebe rund 1.000 Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Der volle Umfang der Rationalisierungspläne ist dabei der Öffentlichkeit und der Bevölkerung noch gar nicht bekanntgegeben worden.

In der Gesenkschmiede sollen rund 250 Arbeitsplätze abgebaut werden. In Höntrop soll die Schmiedewalzanlage bis Ende 1979 stillgelegt und damit 100 Arbeitsplätze vernichtet werden. Im Reparatur- und Instandhaltungsbereich sind 350 Arbeitsplätze betroffen. Allein in Bochum soll die Zahl der Angestellten um 310 verringert werden. Gegen die Rationalisierungsmaßnahmen gab es zahlreiche Protestaktionen. So demonstrierten am 31. Januar die Bochumer Krupp-Arbeiter vor das Bochumer Rathaus. — Seit 1966 sind auf der Bochumer Krupp-Hütte bereits 7.000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Im vergangenen Jahr haben die Bosse im ganzen Konzern 1.800 Arbeitsplätze vernichtet. Gleichzeitig stieg der Umsatz um 6 Prozent auf 11,9 Milliarden Mark an.

United Steel Corporation/ Lübeck

In Schleswig-Holstein sind die 1.200 Arbeitsplätze der Lübecker Metallhüttenwerke von Vernichtung bedroht. Das Werk gehörte bis vor kurzem dem US-amerikanischen Stahlkonzern United Steel Corporation in Pittsburg. Um jedoch eine Schließung der angeblich unrentabel gewordenen Lübecker Hütte in eigener Regie zu vermeiden, verkaufte der US-Konzern das Werk an einen Wuppertaler Rechtsanwalt für einen symbolischen Kaufpreis von zwei Mark. Mit diesem Winkelzug haben die amerikanischen Stahlbosse die Kosten für einen Sozialplan und Abfindungen eingespart.

Das Schicksal der 1.200 Arbeiter ist ungewiß. Bereits in den letzten Jahren waren in der Lübecker Hütte 300 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden.



Krupp-Arbeiter demonstrieren gegen die Schließung der Gesenkeschmiede in Bochum, die zur Vernichtung von ca. 250 Arbeitsplätzen führt. Die Schließung der Gesenkeschmiede ist aber nur ein Teil des gesamten Rationalisierungsprogramms.

Bundesarbeitsgericht

Solidarität als Entlassungsgrund

Schon wieder hat das Bundesarbeitsgericht ein Grundsatzurteil gefällt, das sich offen gegen das Recht der Arbeiterklasse auf gewerkschaftliche Betätigung richtet.

Nach diesem Urteil kann ein Betriebsratsmitglied fristlos entlassen werden, wenn es für „Arbeitskämpfe in anderen Betrieben" Sympathieerklärungen abgibt, „die gegen die berechtigten Interessen des eigenen Betriebes verstoßen".

Der Anlaß zu diesem Grundsatzurteil war die Klage eines ehemaligen Betriebsratsmitglieds aus einer Automobilfabrik gegen seine fristlose Entlassung im Jahre 1973. Der Entlassungsgrund: Der Kollege hatte an die Belegschaft eines anderen Betriebes, die in einen spontanen Streik getreten war, ein Solidaritätstelegramm geschickt.

Dieser Betrieb war für die Autofabrik ein Zulieferbetrieb. Angeblich hat sich der Streik durch die Solidaritätsbekundung verlängert. Dadurch sei der Firma Schaden entstanden.

Erst vor kurzem hat das Bundesarbeitsgericht mehrere andere Grundsatzentscheidungen gefällt, die ebenfalls die Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivitäten durch die Unternehmer abstützen. So wurde den Unternehmern grundsätzlich das Recht eingeräumt, die Verteilung von Gewerkschaftszeitungen wie zum Beispiel „Metall" im Betrieb zu verbieten. Verbieten dürfen die Unternehmer nach einem dieser Urteile auch die Durchführung von gewerkschaftlichen Vertrauensleutewahlen im Betrieb.

Jetzt, wo die Arbeiterklasse sich zunehmend gegen die Angriffe des Kapitals zur Wehr setzt, kommen solche reaktionären Urteile des Bundesarbeitsgerichts immer häufiger. Der bürgerliche Staat entlarvt sich dadurch als das Werkzeug der Kapitalistenklasse zur Unterdrückung der Arbeiter und anderen Werktätigen.

Der Hauptvorstand der IG Chemie wollte still, heimlich und leise eine Satzungsänderung durchziehen, mit der ein elementares demokratisches Recht der Gewerkschaftsmitglieder abgeschafft worden wäre. Nach der gültigen IG-Chemie-Satzung ist es nur in Ausnahmefällen erlaubt, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute nicht von den Mitgliedern im Betrieb gewählt, sondern vom Verwaltungsstellenvorstand eingesetzt werden. Dies wollte der Hauptvorstand jetzt ändern (vgl. auch RM Nr. 9 vom 9. 3. 79).

Satzungsänderung stößt auf Widerstand

Scharfe Auseinandersetzung in der IG Chemie

Hauenschild maßregelt hauptamtlichen Funktionär

Folgende veränderte Bestimmung wollten Hauenschild und Konsorten in die Satzung hineinbringen: *„In allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen oder durch den Verwaltungsstellenvorstand zu berufen.“* Damit wäre das undemokratische Einsetzen der Vertrauensleute satzungsmäßig zum Normalfall erhoben worden.

Ob der Hauptvorstand der IG Chemie damit einem „Aufstand der Vertrauensleute“ vorbeugen wollte, wie es im bei den Stahlkochern nach dem verratenen Streik für die 35-Stunden-Woche gegeben hat? Jedenfalls haben Hauenschild und Co. durch ihren plumpen Angriff gegen die ohnedies dünn gesäten Mitgliederrechte nun den Aufruhr im eigenen Haus provoziert.

Hauptvorstand wollte Organisation hintergehen

Am 9. Februar bereits hatte der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik mit großer Mehrheit den Antrag an den Beirat der Gewerkschaft zur Änderung der Satzung verabschiedet. Die Mitglieder und auch der Funktionärskörper bis hinauf zu den Vorständen der Verwaltungsstellen wußten von nichts. Hätte der Beirat seine Zustimmung gegeben, wäre der Coup des Hauptvorstandes erfolgreich gewesen. Die Satzungsänderung wäre hinter dem Rücken der Basis über die Bühne gegangen.

Auf diese Weise sollten die Mitglieder und unteren Funktionäre völlig ausgebootet werden, sollten sie nicht einmal die Möglichkeit haben, vor der Entscheidung des Beirats ihre Meinung zu sagen. Hauenschild und Co. gingen offensichtlich davon aus, daß sie die Satzungsänderung nur auf diese diktatorische Weise durchkriegen würden.

Sie hatten jedoch Pech. Bevor der Beirat noch über den Antrag beschließen konnte, drang der Plan zur Satzungsänderung nach außen. Am 20. Februar erschien in der „Frankfurter Rundschau“ ein Bericht über die geplante Satzungsänderung.

Dieser Bericht löste bei vielen Gewerkschaftern große Empörung aus. Nicht nur gegen die Satzungsänderung selbst, die einen weitern Abbau demokratischer Verhältnisse, eine Stärkung der Diktatur der Gewerkschaftsspitze in der IG Chemie-Papier-Keramik bedeuten hätte. Nicht zuletzt die Art und Weise des Vorgehens der Hauenschild und Co., der jeglichem demokratischen Grundsatz hohnspricht, brachte die Kollegen auf die Barrikaden. Auch die Vorstände verschiedener Verwaltungsstellen sahen in diesem Fall rot.

So verlangten die Verwaltungsstellen Saarbrücken, Wuppertal, Hannoversch-Münden und Neuwied inzwischen die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages. In verschiedenen anderen Verwaltungsstellen wurden zu diesem Thema Delegiertenkonferenzen anberaumt. Dieser starke Widerstand an der Basis und im Gewerkschaftsapparat selbst zwang den Hauptvorstand zu einem Rückzieher. Er hat den Satzungsänderungsantrag in seiner alten Form zurückgezogen und ihn durch einen geänderten Entwurf ersetzt, der ebenfalls eine Neufassung der Regelung über Wahl oder Berufung von Vertrauensleuten beinhaltet (siehe nebenstehenden Kasten).

Auf Kritik reagiert Hauenschild mit Entlassungsterror

Eine der rührigsten Verwaltungsstellen, die gegen die Satzungsänderung Front machte, war die Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden in Göttingen-Weende (6.200 Mitglieder). Ihr Geschäftsführer, der 48jährige Funktionär Ferdinand Patschkowski, schrieb an einige andere hauptamtliche Funktionärskollegen und kritisierte die Absichten des Hauptvorstandes.

Als Hauenschild und Konsorten dies erfuhren, reagierten sie auf bezeichnende Weise. Sie ordneten die Suspendierung von Patschkowski an. Am Montag vergangener Woche tagte dann der Hauptvorstand und änderte — durch die heftige Opposition in der Organisation geschockt — den Satzungsänderungsantrag ab. Auf der gleichen Sitzung aber leitete der geschäftsführende Hauptvorstand gegen Patschkowski die außerordentliche Kündigung ein. Das bedeutet: fristlose Entlassung. Patschkowski ist seit 15 Jahren als Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden im Amt!

Gegen diese brutale Art, Kritik zu unterdrücken, reagierte die Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden sehr scharf. Die Delegiertenversammlung erklärte unter anderem in ihrem einstimmig gefaßten Beschluß:

„Wir fordern hiermit eindringlich den geschäftsführenden Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik auf, die gegenüber unserem Geschäftsführer Kollegen Ferdinand Patschkowski ausgesprochene Suspendierung und angedrohte Kündigung sofort zurückzunehmen. Diese Maßnahme ist durch nichts gerechtfertigt und weder gewerkschaftspolitisch noch arbeitsrechtlich haltbar.

Solche Vorgehensweise kennen wir noch nicht einmal in unseren Betrieben.“

Auch der Vorstand der Verwaltungsstelle äußerte seine Empörung über das Vorgehen des geschäftsführenden Hauptvorstands. Auf einer Pressekonferenz verteilte er eine entsprechende Entschließung, die er gefaßt hatte. Darin wird dem Hauptvorstand vorgeworfen, gegen die Satzung zu verstoßen. Es wird gefordert, die Maßregelung Patschkowskis sofort rückgängig zu machen. Abschließend heißt es in der Entschließung:

„Wir stellen somit nochmals fest: Kollege Ferdinand Patschkowski ist und bleibt unser Geschäftsführer!“

Die Vorsitzende der Verwaltungsstelle, Waltraud Schneemann, kommentierte das Vorgehen der Gewerkschaftszentrale so:

„Demnach ist es also verboten, daß ein Mitglied über gewerkschaftliche Angelegenheiten mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern korrespondiert. Bisher war das nicht verboten.“

Auch die Verwaltungsstellen Saarbrücken, Wuppertal, Bremen und Neuwied setzten sich in Resolutionen für Patschkowski ein. Der gewerkschaftsinterne Betriebsrat für die IG-Chemie-Angestellten legte Widerspruch gegen die Suspendierung und Entlassungsankündigung ein. Daraufhin hob der Beschwerdeausschuß der IG Chemie am Mittwoch vergangener Woche das Kündigungsverfahren auf.

Aber selbst über die Entscheidung des Beschwerdeausschusses setzte sich der geschäftsführende Hauptvorstand einfach hinweg. Er schickte dem Funktionär trotzdem das Kündigungsschreiben.

Angriff auf grundlegende Mitgliederrechte

So will die IG-Chemie-Führung die Satzung ändern

Die erste Version der geplanten Satzungsänderung, die inzwischen vom Hauptvorstand zurückgezogen wurde, hätte bedeutet, daß es künftig der Willkür der Verwaltungsstellenvorstände anheimgestellt gewesen wäre, ob sie die Vertrauensleute von den Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb wählen lassen oder ob sie sie einfach einsetzen.

In welchem Ausmaß damit grundlegende Voraussetzungen innergewerkschaftlicher Demokratie beseitigt werden sollten, wird erst deutlich, wenn man weiß, daß gleichzeitig vorgesehen ist, daß die Delegierten für Delegiertenversammlungen auch von den eingesetzten Vertrauensleuten mitgewählt werden.

Dazu stellte die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden in ihrem einstimmig angenommenen Antrag unter anderem fest, dies „würde zur Folge haben, daß

— die gewählten Gremien ihre Wähler selbst bestellen,

— die Mitglieder keine Möglichkeit mehr erhalten, an dem Prozeß der Willensbildung innerhalb der Gewerkschaft teilzunehmen...“

Nachdem der Hauptvorstand am 19. März seinen Antrag auf Satzungsänderung neu formuliert hat, lautet der besonders umstrittene Passus über die Wahl oder Berufung gewerkschaftlicher Vertrauensleute jetzt folgendermaßen:

In allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen oder durch den Verwaltungsstellenvorstand zu berufen. Sie wirken bei den innergewerkschaftlichen Willensbildung mit. Die Berufung ist als Ausnahme vorgesehen. Sie bleibt auf Fälle beschränkt, wo die Mitglieder nicht die Möglichkeit haben, die Wahl ordnungsgemäß innerhalb des Betriebes durchzuführen, und wo eine ordnungsgemäße Wahl außerhalb des Betriebes unzumutbare organisatorische Schwierigkeiten bereitet. Die Verwaltungsstelle hat dem Mitglied schriftlich und postalisch mitzuteilen, wer für das Mitglied als Vertrauensmann berufen wurde. Eine Berufung muß zurückgenommen werden, wenn mehr als fünf der von einem Vertrauensmann vertretenen Mitglieder innerhalb der Frist von vier Wochen Widerspruch beim Verwaltungsstellenvorstand einlegen. Die Frist beginnt mit der schriftlichen und postalischen Mitteilung des Verwaltungsstellenvorstandes an das Mitglied. In diesem Fall erfolgt eine Briefwahl entsprechend Paragraph 65, Ziffer 12 (Anm. für die Red: Diese Satzungsbestimmung wird ebenfalls entsprechend geändert). Der Verwaltungsstellenvorstand überprüft jährlich, ob die Berufung nicht durch eine Wahl ersetzt werden kann. Mit der Durchführung der Wahl erlischt das Mandat des berufenen Vertrauensmannes.

Paragraph 35, Ziffer 5, Satz 3 soll künftig lauten: Sind gewerkschaftliche Vertrauensleute gewählt oder berufen, so werden die Delegierten in einer Versammlung der Vertrauensleute gewählt.*

Abgesehen davon, daß es nicht einleuchtend ist, warum es Fälle geben soll, wo die Mitglieder überhaupt keine Möglichkeit haben, ihre Vertrauensleute selbst zu wählen, ist auch in dieser geänderten Fassung ein entscheidender Punkt, das Recht von den Kollegen angegriffen wird, nicht beseitigt: daß nichtgewählte, sondern eingesetzte Vertrauensleute an den Delegiertenwahlen teilnehmen dürfen.

**zitiert nach „Frankfurter Rundschau“ vom 20.3.79*



Auch die Arbeiter in der Chemie-Industrie wollen die Angriffe der Kapitalisten nicht mehr kampflos hinnehmen. Ein Beispiel dafür ist der selbständige Streik der Arbeiter der Reifenfabrik Michelin in Karlsruhe. Der Streik begann am 29. August vergangenen Jahres und dauerte vier Tage lang.



Diese Parole hängten die streikenden Michelinarbeiter an einen Werksbus. Die Arbeiter wollen die Einheit, die sie im Kampf gegen die Kapitalisten stark macht. Es ist nicht zuletzt die verräterische Gewerkschaftsführung, die diese Einheit spaltet. So unterstützte die IG-Chemie-Führung den Streik bei Michelin nicht. Im Gegenteil. Der stellvertretende IG-Chemie-Vorsitzende, Werner Vitt, bemühte sich persönlich, die Kollegen zum Abbruch ihres Streiks zu bewegen. Gleichzeitig führte er hinter ihrem Rücken Verhandlungen mit der Geschäftsleitung.

Aus unseren Betriebszeitungen



Schluß mit der Kündigung kranker Kumpel!

Auf der letzten Belegschaftsversammlung bekam man seltsame Töne von dem Betriebsratsvorsitzenden Hückelkamp zu hören:

Grund zur Besorgnis gebe die Tatsache, daß besonders jüngere Belegschaftsmitglieder unter 25 Jahren immer mehr krankfeiern. Hier werde die günstige Regelung der Lohnfortzahlung auf Kosten anderer ausgenutzt.

Was soll diese Hetze gegen kranke Kumpel? Man muß sich doch fragen, was Hückelkamp damit bezweckt. Es ist doch klar, daß die Lohnfortzahlung für die ersten sechs Wochen von der RAG gezahlt wird.

Wer hat denn einen Vorteil dadurch, wenn weniger Kumpel krankfeiern, wenn kranke Kumpel aus Angst vor einer Kündigung arbeiten gehen?

Einen Vorteil haben einzig und allein die RAG-Kapitalisten, und sie betreiben diese Hetze und Einschüchterung systematisch.

So empfahl schon vor Jahren der Bundesbeauftragte für den Steinkohlebergbau den PS-Direktoren, kranke Kumpel zuerst an einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen, dann zu verwarnen und dann zu entlassen. Dieses System wird schon seit langem auf Ewald praktiziert.

Kurz berichtet

Solidaritätsstreik auf Flughafen

Frankfurt a. M.. Durch einen Streik verhinderten Mitglieder der ÖTV auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen am Montag vergangener Woche den termingerechten Abflug einer Verkehrsmaschine der staatlichen malaysischen Fluggesellschaft. Die Kollegen führten diese Aktion aus Solidarität mit Gewerkschaftern in Malaysia durch, die von der malaysischen Regierung verhaftet worden waren, weil sie als Funktionäre der Transportarbeitergewerkschaft den Abschluß eines Tarifvertrages über bessere Arbeitsbedingungen gefordert hatten. Die streikenden ÖTV-Kollegen forderten in Flugblättern, die an die Passagiere des malaysischen Flugzeuges verteilt wurden, die sofortige Freilassung des asiatischen Regionalvertreters der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) und der anderen verhafteten Gewerkschafter. Die Kollegen umstellten die Maschine mit Gabelstaplern und Kleinfahrzeugen, um das Beladen zu verhindern. Schließlich erschienen Polizei und bedrohte die Kollegen mit Strafanzeigen wegen Nötigung. Die Maschine konnte erst mit dreistündiger Verspätung starten.

Hoechst-Konzern: Umsatz auf 24,2 Milliarden gesteigert

Frankfurt a. M.. Nach vorläufigen Ergebnissen konnte einer der größten Chemiekonzerne der Welt, Hoechst, seinen Weltumsatz im vergangenen Jahr um 3,7 Prozent auf 24,2 Milliarden Mark steigern. Und das trotz Überkapazitäten und Preisrückgängen. Allein das Mutterunternehmen des Konzerns, die Hoechst AG, machte offiziell einen Gewinn von 711 Millionen Mark. Der wirkliche Gewinn dürfte aber mindestens doppelt so hoch liegen. Der Vorstand erklärte, das gute Ergebnis sei auch die Folge „unserer Rationalisierungsanstrengungen“. Die Belegschaft der Hoechst AG war durch die „Rationalisierungsanstrengungen“ im Laufe des Jahres um 2,1 Prozent auf 60.101 Beschäftigte gesunken.

Enorme Steigerung der Profite — sinkende Lohnquote

Nach dem neuesten Bericht der Bundesbank sind die „Nettoeinkünfte aus Unternehmertätigkeit“ während des zweiten Halbjahres 1978 um 16,5 Prozent gestiegen. Da ein nicht unwesentlicher Aspekt der „Tätigkeit“ der Unternehmer darin besteht, ihre wirklichen Gewinne herunterzuspielen und zu verschleiern, läßt diese Zahl nur ahnen, wie enorm die Kapitalistenklasse, vor allem die Monopolherren, ihre Profite steigern konnten, die sie aus der Ausbeutung der werktätigen Massen zogen. Nach den Angaben der Bundesbank ist die Lohnquote, d. h. der Anteil der Löhne am sogenannten Volkseinkommen, im gleichen Zeitraum um 1,5 Prozent gesunken.



Nachrichten aus Gorleben

„In unserem Landkreis befinden sich 1.500 Mann Besatzungstruppen, bewaffnet mit Schlagstöcken, chemischen Keulen, Pistolen, Schnellfeuergewehren und einer nicht genau bekannten Anzahl gepanzerter Fahrzeuge mit Maschinenwaffen."

„Bürger des Landkreises" veröffentlichten diesen Text in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung". Ein Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz äußerte gegenüber auswärtigen Kernkraftgegnern: „Es sind die Polizeioffiziere, die zur Eskalation beitragen."

Am 19. März ist es zu Festnahmen gekommen. Eine Gruppe von über 100 Kernkraftgegnern hatte eine Straße blockiert, um die Bohrtrupps nicht auf den Bauplatz zu lassen. Am Ortsausgang von Lüchow hatten sie auf der Bundesstraße 493 einen „Menschenteppich" gebildet. Nachdem es den etwa 250 eingesetzten Polizisten und Grenzschützern nicht gelungen war, die Straße zu räumen, wurden 80 Demonstranten wegen Nötigung und Straßenblockade festgenommen.

Am Sonntagabend (18. 3.) hatten 50 Bauern eine Wagenburg mit Treckern, Anhängern und Jauchewagen um das Bohrgerät herum aufgebaut. Besonders aufgebracht waren sie, weil das Bohrgerät auf genossenschaftlichem Gelände abgestellt war. *„Wir Bauern wehren uns verzweifelt gegen die Atomanlage. Wir werden es deshalb nicht hinnehmen, daß uns unsere eigene Genossenschaftsführung in den Rücken fällt"*, hieß es in einem Flugblatt.

Kürzlich tauchten im Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie zwei als besonders militante Atomgegner getarnte Polizeispitzel auf, die sich damit brüsteten, Tränengas gegen die Polizei schleudern zu wollen und Sprengstoff besorgen zu können.

In einer Wohngemeinschaft in Braunschweig passierte ähnliches. Dort legte ein Polizeispitzel provokativ eine 50er Packung mit 9-mm-Munition auf den Tisch des Hauses. „Die hab' ich aus Frankfurt, ich kann da auch Waffen kriegen."

Doch der Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage, gegen das Bonner Atomprogramm geht weiter — trotz Hetze, Druck und Provokation! Das von Albrecht mit großem Pomp angekündigte Hearing ist bereits geplatzt.

Auf zur Demonstration am 31. 3. 79

Anläßlich des Beginns der Flachbohrungen und um eine Gegenöffentlichkeit zu Albrechts Gorleben-Hearing zu schaffen, veranstaltet die betroffene Bevölkerung einen einwöchigen Treck von Gorleben nach Hannover. In Hannover sollen am 31. 3. 79 die Kernkraftgegner aus dem ganzen Land dazustoßen.

10.00 Uhr: Sammeln an „Vier Grenzen"

13.00 Uhr: Veranstaltung am Klagesmarkt: Betroffene aus Lüchow-Danneberg, Aschendorf, Kalkar, Whyl, Brokdorf, Grohnde, Esensham, Dänemark, Frankreich und Holland berichten über ihre Erfahrungen

15.00 Uhr: Bunter Nachmittag am Raschplatzpavillon (bei schönem Wetter evtl. „Weißer Kreuz Platz". Es treten auf: Rotkehlchen, Gegenwind u. v. a.

18.00 Uhr: Abschluß in der Niedersachsenhalle: Kritische Wissenschaftler berichten über das Gorleben-Hearing.


Voller Zorn und Verbitterung versucht eine Frau aus der Nähe von Gorleben mit Polizisten zu diskutieren.

Grubenunglück in Dortmund-Huckarde

Schlagwetterexplosion auf Hansa

Sieben Todesopfer

Am Donnerstag, den 22. 3. gegen 19.30 Uhr ereignete sich auf der Zeche Hansa eine Schlagwetterexplosion zwischen der vierten und der achten Sohle in etwa 800 Meter Tiefe. Beide Sohlen sind durch einen Basisberg verbunden, von dem aus 14 Gewinnungsörter abzweigen. Der Explosionsherd lag zwischen dem sechsten und achten Gewinnungsort. Während sich acht Bergleute aus dem Unglücksflöz retten konnten, wurden drei Kumpel noch in derselben Nacht tot geborgen, vier weitere Kumpel, die hinter einem ca. 300 Meter langen Bruch verschüttet waren, starben an einer Kohlenmonoxydvergiftung. Sie wurden am Sonntag gegen 17 Uhr gefunden, nachdem sich ein Kollege der Grubenwehr unter Lebensgefahr zu ihnen vorgearbeitet hatte.

Wie konnte es zu diesem schrecklichen Unglück kommen? Schien das Schreckgespenst aller Bergleute, die schlagenden Wetter, nicht durch die technische Entwicklung und die Sicherheitsvorkehrungen im Griff?

Erst im Februar wurde der Zeche Hansa durch den Landtagsausschuß für Grubensicherheit ein Höchstmaß an Unfallschutz bescheinigt. Was ist das für ein merkwürdiges Höchstmaß, bei dem sieben Kumpels im Berg bleiben?

Ein Kollege meinte kurz nach dem Unfall: *„Sicherheit wird groß geschrieben, wenn Besucher da sind. Sind die Besucher erst weg, geht's nur noch ums Malochen und Kohle machen."* Welcher Bergmann hat diese Erfahrungen nicht auch schon gemacht, daß Sicherheitsvorkehrungen während der Kohleschicht außer Betrieb genommen werden, daß notwendige Reparaturarbeiten auf die 24-Uhr-Schicht verschoben werden oder daß Reparaturarbeiten während der Schicht mit dem Steiger im Nacken „improvisiert" werden müssen.

Das Ende vom Lied ist dann zum Beispiel der tödliche Unfall auf Minister Stein, ebenfalls eine Dortmunder Zeche. Beim Reparieren einer Hobelkette wurde ein Schlosser von der Kette erschlagen. Dieser Unfall ereignete sich wenige Stunden nach der Explosion auf Hansa; „Nun mach schon voran, wir wollen Kohle."

Bei dem Unglück auf Hansa handelt es sich mit Sicherheit um eine Methangasexplosion; das bedeutet: Grubengas in einer Konzentration von 4,5 bis 14 Prozent (in diesem Bereich ist es explosiv) wurde durch einen Funken oder durch einen Brand gezündet.

Laut Bergverordnung müssen schon bei Konzentrationen über ein Prozent Maßnahmen zur Beseitigung ergriffen werden, müssen die betroffenen Örter evakuiert und gesperrt werden.

Das ist ganz offensichtlich nicht geschehen. Die „Westfälische Rundschau" vom 24. 3. schreibt: „Rotes Licht warnte vor der Katastrophe — alarmierte Grubenwehr Minuten zu spät." Diese Warnung bezieht sich eindeutig auf einen Anstieg der Kohlenmonoxydwerte. Dieses hochgiftige, geruchlose Gas entsteht bei unvollständiger Verbrennung.

Es zeichnen sich zwei Möglichkeiten ab. **Erstens:** Die Warnung kam nach der Explosion, weil durch die Explosion durch Brand das Kohlenmonoxyd entstanden wäre und das Rotlicht ausgelöst hätte. Für diese Version spricht, daß ein Lüfter aus dem Unglücksgebiet beschlagnahmt wurde, der durch einen Funken das Grubengas gezündet haben könnte. **Warum wurde dann die kritische Konzentration des Grubengases nicht angezeigt?**

Zweitens: Die Explosion kann durch einen Schwelbrand ausgelöst worden sein. Des öfteren beklagten sich die zuständigen Stellen, daß die Kohle im Flöz Wilhelm unter hoher Spannung stünde. Das erzeugt Reibung, durch die ein Schwelbrand ausgelöst werden könnte, der seinerseits die Explosion auslöste. Aber auch hier die Frage: **Warum wurde die gefährliche Grubengaskonzentration nicht angezeigt?**

Jede Zeche hat einen Schreiber, wo die Kohlenmonoxyd- und Grubengaswerte aufgezeichnete werden. Die Antwort


Grubenwehr vor dem Rettungseinsatz

auf unsere Frage steckt in den Kurven, die der Schreiber vor und während des Unglücks aufgezeichnet hat. Dieser Abschnitt wurde vom Bergamt beschlagnahmt, und es werden Erklärungen abgegeben, daß die Unglücksursache ein völliges Rätsel sei.

Mit welcher Haltung das Bergamt an diese Frage heranzugehen pflegt, hat es bereits anschaulich gezeigt, als bei einem Gurtbrand auf „Schlügel & Eisen" sieben Kollegen getötet wurden.

Statt die hochbrennbaren Gurte alter Bauart aus sämtlichen Gruben auf der Stelle zu entfernen und durch unbrennbare zu ersetzen, war das Fazit des Amtes der oberlehrerhafte Zeigefinger: „Vorsicht bei Bränden, das richtige Verhalten der Bergleute!"

Unsere Forderungen nach dem Unglück auf Hansa heißen:

- **vollständige und sichere Überwachung der Grubengas- und Kohlenmonoxydwerte;**
- **Kontrolle der Überwachung durch einen von den Kumpels zu wählenden Sicherheitsausschuß;**
- **sofortige Maßnahmen bei Überschreiten der Mindestwerte, das heißt Evakuierung und Sperrung der bedrohten Gebiete;**
- **keine Weiterführung der Arbeiten bei Verdacht auf Schwelbrand;**
- **vollständige Aufklärung der Ursachen für das Grubenunglück auf Hansa!**

„Jeder Jupo ist ein Jupo zuviel"

Volkskorrespondenz aus Reutlingen

In Reutlingen bildete sich nach Beginn des Modellversuchs „Jugendpolizei" ein „Arbeitskreis zur Problematik der Jugendpolizei", der sich inzwischen in „Initiative — Keine Jugendpolizei" umgetauft hat. Es arbeiten vor allem Sozialarbeiter aus Jugendhäusern mit, außerdem Studenten. Jugendliche werden hauptsächlich in den Jugendhäusern aktiv. Sie hängen zum Beispiel zur Warnung Fotos ihrer „kleinen grünen Freunde" aus usw.

Die Jupos haben es hier glänzend verstanden, sich schnell unbeliebt zu machen. Zum Beispiel durch Razzien in Jugendkneipen wie dem „Hard Rock Café", „Billard Café" u.ä. Wenn da einer unter 16 am Flipper erwischt wurde, hatte der Wirt gleich eine Drohung mit Konzessionsentzug am Hals (das „Billard' Café" gilt als „links").

Die Beliebtheit der Jupo spiegelte sich bald in zahllosen Leserbriefen an den „Reutlinger Generalanzeiger", die alle die Jupo nicht so recht mochten, und auf Diskussionen in Jugendhäusern, wohin die Jupos frisch-fromm-fröhlich-frei kamen und wo sie meist mit langen Gesichtern wieder abzogen. Stände der Initiative in der Innenstadt, eine Singegruppe usw. machten die Sache noch zusätzlich bekannt.

Reutlingens Polizeichef sah sich genötigt, in die propagandistische Gegenoffensive zu gehen und aller Welt die positiven Erfahrungen der Jupo zu erzählen. Soundso oft hätte man Kinder und Jugendliche vor Schlimmem bewahrt, mit den Eltern gesprochen, Hilfen vermittelt usw. (als ob man dafür die Polizei bräuchte). Außerdem wurden massenweise Polizei-Werbekleber, Poster usw. verteilt. Das hat aber alles nichts genützt.

Denn dann kam ein Flugblatt der Initiative. Das wurde eine Woche lang an die Reutlinger Schülermitverwaltungen verteilt, zum Weitergeben an den Schulen. Am Samstag derselben Woche war ein Stand in der Innenstadt mit dem Flugblatt und einer Unterschriftenliste. Kaum hatte das Verteilen angefangen, da schlugen die Freunde und Helfer zu. Flugblätter beschlagnahmt, Personalien der Verteiler notiert, Strafantrag gegen den Presseverantwortlichen!

Zur Begründung bezieht sich die Polizei auf den Satz: „Auf genau diese Tour haben die Jupos es in der Ratsstube schon bei einem Jugendlichen probiert!" Die Begründung lautet: „Der oben angeführte Satz wirft dem erwähnten Polizeibeamten ein Vergehen der Begünstigung bzw. der Strafvereitelung im Amt (§257, 258a StGB) vor. Dies stellt wahrscheinlich eine üble Nachrede (§186 StGB) oder eine Verleumdung (§74 StGB) dar, was im Strafverfahren die Einziehung der Flugblätter gemäß §74 StGB und daher im Ermittlungsverfahren die Sicherstellung durch Beschlagnahme gemäß §§111b, 111e StPO zur Folge hat."

Inzwischen ist der Strafantrag zurückgezogen, weil sich der Presseverantwortliche — ein Mitglied des Stadtjugendrings — leider bei der Polizei entschuldigt hat. Die Flugblätter bleiben natürlich weiter beschlagnahmt.

Dieses Vorgehen der Polizei machte aber vielen Leuten klar, was mit der berühmten „Bürgernähe" der Polizei eigentlich gemeint ist. Es kam zu Protesten verschiedener Gewerkschafts- und anderer Gruppen. Am 17. 3. fand eine Veranstaltung der Initiative statt. Der Saal war mit 500 Besuchern brechend voll, viele mußten stehen. Die Jupo ließ sich nicht sehen, sie „hatte ein Seminar". Dafür wurden 33 „Rote Rebell" verkauft, Partei und Rote Garde hatten nämlich kein Seminar. Es wurde ein Theaterstück der Initiative aufgeführt, das mit dem Hinauswurf eines Jupo-Spitzels aus einer Jugendkneipe endete. Nachahmung wird empfohlen. Der Abend endete mit Musik und Tanz.

Wie geht es weiter? Die Jupo ist noch da, also geht es weiter! Ende März plant die Initiative eine Podiumsdiskussion, zu der der Chef des Jugenddezernats auch eingeladen ist. Ob er kommt? Auf der Veranstaltung am Samstag hieß es: „Jeder Jupo ist ein Jupo zuviel!", und immer wieder gab es Sprechchöre „Scheiß-Jupo!" Das könnte sich wiederholen!

„Die Ohren auf, wenn Herrchen spricht"

6 Monate Freiheitsstrafe für Rechtsanwalt!

Dienstag, 20. März. Landgericht Dortmund, Saal 23. Verhandelt wird gegen Rechtsanwalt Gerd Flint. Es ist die Berufungsverhandlung über die Anklage wegen „uneidlicher Falschaussage vor Gericht".



Rechtsanwalt Gerd Flint

Dienstag, 20. März, Landgericht Dortmund, Saal 22, der Nachbarsaal. Verhandelt wird gegen Richard Taube, der bis 1977 Geschäftsführer der „Jungen Nationaldemokraten", Mitglied der NSDAP(AO). Richard Taube schrieb Drohbriefe an jüdische Bürger in Münster verschickt und braune Parolen geschmiert.

Das steht fest. Taube gibt das auch zu. Antifaschisten aus Münster, die zum Prozeß gekommen sind, wissen noch mehr zu berichten über die sauberen Aktivitäten des Herrn Taube und seiner Gesinnungsgenossen aus Münster. Über Nachtmärsche mit Nazi-Liedern, über Waffenfunde, über Schlägereien, die die Nazis angezettelt haben. Taube erscheint vor Gericht stilecht: ganz in schwarzes Leder gekleidet. Ein Abzeichen der „Jungen Nationaldemokraten" auf dem Ärmel. Er ist geständig.

Die Anklage gegen den Rechtsanwalt Gerd Flint ist keineswegs so klar. Er wird beschuldigt, etwas nicht gehört zu haben, was er hätte hören sollen — jedenfalls nach Meinung der Staatsanwaltschaft.

Vor mehr als zwei Jahren hatte Gerd Flint im Prozeß gegen Redakteure des „Roten Morgen" die Genossin Karin Wagner verteidigt. Damals soll — es ging überhaupt sehr turbulent zu im Gericht, die Richterin ließ mehrmals den Saal von der Polizei räumen, es hagelte Ordnungsstrafen gegen die Angeklagten, Dieter S. wurde zusammengeschlagen, als er von Polizeibeamten in Ordnungshaft abgeführt wurde, Tische stürzten bei Polizeieinsätzen um — damals also soll der Angeklagte Dieter S. den Staatsanwalt Höhn bedroht haben.

Gehört haben diese angebliche Drohung jedenfalls Staatsanwalt Höhn persönlich — er ist inzwischen zum Oberstaatsanwalt in Hamm aufgestiegen — sowie verschiedene Polizisten, die an diesem Tag dafür bezahlt wurden, daß sie Zuschauer aus dem Gericht prügelten. Gehört haben diese Drohungen auch Reporter zweier Zeitungen, einer davon Herr Möller von der Bildzeitung. Bildzeitungs-Möller hat überhaupt der Staatsanwaltschaft Dortmund manchen Gefallen getan. Er saß schon öfter auf der Zeugenbank, um Anklagen zu unterstützen. Man merkt seiner Aussage an: Sie ist schon fast professionell.

Nicht gehört hat diese „Bedrohung" Rechtsanwalt Flint. Er hatte zum fraglichen Zeitpunkt seine Akten eingepackt und sich um den Abtransport von Filmmaterial gekümmert. Im Prozeß gegen Dieter S., den Staatsanwalt Höhn denn auch prompt einleitet, kann Rechtsanwalt Flint deshalb auch nicht viel mehr sagen als: „Ich habe diese Bedrohung nicht gehört." Die Aussagen der Polizisten und der Reporter genügen dem Gericht allemal, um Dieter S. zu sechs Monaten ohne Bewährung zu verurteilen.

Aber das genügt Staatsanwalt Höhn nicht. Da Gerd Flint die Bedrohung hätte hören sollen, hat er sie auch hören müssen. Und da er sie hat hören müssen, hat er folglich falsch ausgesagt. Und da auf uneidliche Falschaussage Haftstrafe steht, leitet die Staatsanwaltschaft Dortmund, offenbar auf Betreiben Höhns, einen Strafprozeß gegen Anwalt Flint ein.

Daß sie Staatsanwalt Höhn damit auch einen ganz besonderen persönlichen Gefallen tut, merkt man an seiner Zeugenaussage. Er hätte nichts „gegen solche Anwälte", sagt er in der ersten Instanz vor Gericht. Und läßt sich deutlich anmerken, daß er doch was gegen sie hat. „Solche Anwälte" — das sind Anwälte, die auch Kommunisten verteidigen. Das sind Anwälte, die sich bei der Verteidigung von Kommunisten ebensolche Mühe geben wie andere, wenn sie Mörder oder Wirtschaftsbosse verteidigen. „Solche Anwälte" sind unbequem und unangenehm. Ihre Rechte werden eingeschränkt. Sie werden als „Komplizen" verdächtigt und als „Prozeßverschlepper" beschimpft. Und wo irgend es geht, versucht man sie ganz auszuschalten. So wie Gerd Flint. Denn eine Verurteilung wegen „Falschaussage vor Gericht" zieht zwangsläufig ein Ehrengerichtsverfahren vor der Anwaltskammer nach sich. Und das kann bis zum Berufsverbot reichen.

In der ersten Instanz wird Gerd Flint freigesprochen. Denn, so der Richter, niemand kann beweisen, was in den Gehörgängen des Anwalts Flint zu dem fraglichen Zeitpunkt (es kann sich ja höchstens um eine halbe Minute gehandelt haben, als Dieter S. die Bedrohungen ausgestoßen haben soll) vor sich ging.

Aber die Staatsanwaltschaft legt Berufung ein. Auch in der Berufungsinstanz an diesem Dienstag kann Anwalt Gerd Flint nicht mehr bezeugen, als was er immer sagte: Er war in diesem Moment anderweitig beschäftigt und mit den Gedanken anderswo. Es war Spektakel im Saal, er hat nicht aufgepaßt. Er hat die fraglichen Worte nicht gehört.

Wieder marschieren die Zeugen auf. Herr Höhn, der so sicher weiß, was Gerd Flint gehört haben muß. Die Polizisten, die alle bekunden können, daß Dieter S. die Drohungen ausgestoßen hat. Ob Gerd Flint sie auch gehört hat, wissen sie natürlich auch nicht. Sie haben auf Herrn Flint gar nicht aufgepaßt in dem Moment. Sie können sich nicht mal erinnern, ob der Saal damals schon geräumt war oder nicht, wieviele Leute überhaupt noch anwesend waren.

Aber dann kommt der Mann im Ohr des Anwalts Flint. Herr Möller von der Bildzeitung. Er weiß es noch genau: Herr Flint hat alles gehört. Punktum. Mehr braucht das Gericht nicht. Herr Flint, so der Richter, sei ein „junger, gesunder" Anwalt. Wenn andere was gehört haben, hat er es auch gehört. Also hat er falsch ausgesagt. Also wird er verurteilt. 6 Monate Haft mit Bewährung. Das Gericht geht noch über die Strafforderung des Staatsanwalts hinaus, der 5.000 Mark Geldstrafe gefordert hatte.

Taube, der Faschist aus dem Gerichtssaal nebenan, kommt für seine Drohbriefe, für seine offene und eingestandene Judenhetze mit zwölf Monaten auf Bewährung davon. Das Urteil gegen Taube gehört zur üblichen Gerichtsroutine. Faschisten sind nun mal, wie in der Urteilsbegründung geschrieben steht, „jugendliche Wirrköpfe". Die meisten werden sowieso freigesprochen. **Das Urteil gegen Flint ist eine Bedrohung für alle fortschrittlichen Rechtsanwälte, die sich für ihre Mandanten einsetzen, auch wenn diese Mandanten „links" sind oder gar Kommunisten. Es besagt: Wenn Anwälte sich in diesen Fällen nicht zum gefügigen Werkzeug der Staatsanwaltschaft machen lassen, wenn sie sich nicht sogar gebrauchen lassen zum Kronzeugen gegen ihre eigenen Mandanten, dann werden sie strafrechtlich verfolgt, sogar eingesperrt, dann droht Berufsverbot.**

Freispruch im Majdanek-Prozeß beantragt

Den vier Angeklagten sind vorgeworfene Taten nicht mit Sicherheit nach...

Karlsruhe: Mordabsichten von Neonazis planloses Geschwätz

rk. Karlsruhe (Eigener Bericht)

SS-Mörderin auf Europaliste

Düsseldorf. UZ — Die ehemalige Aufseherin im NS-Vernichtungslager Majdanek ...

Vor dem Prozeß meldet sich Herstatt krank

Auch Dany Dattel fühlt sich nicht in der Lage, dem Verfahren zu folgen / Beginn am Freitag

Zweierlei Maß (Eine Woche bundesdeutsche Justiz in Zeitungsmeldungen)

Wegen Falschaussage verurteilt

„Anwalt muß Bedrohung gehört haben'

Neonazi „beleidigt"

IGM-Sekretär verurteilt

Hagen. ppa — Wegen Beleidigung von Neonazis wurde in Hagen ein Gewerkschaftssekretär ...

Anti-Schah-Demo: 50 Ermittlungsverfahren

Gegen Teilnehmer der ...

Drei Rechtsanwälte verhaftet

Obwohl die drei Wuppertaler Rechtsanwälte Bissinger, Fritzenschaft und Weber die gegen sie erhobenen Tatvorwürfe entschieden bestreiten, wurden sie aufgrund eines Haftbefehls vom 13.3. inhaftiert.

Als Grund für den Haftbefehl gibt die dritte große Strafkammer des Landgerichts Wuppertal „Verdunklungsgefahr" an. Über 40 Rechtsanwälte aus Nordrhein-Westfalen beweisen in einer Presseerklärung, daß die Annahme der Verdunklungsgefahr völlig aus der Luft gegriffen ist.

Vielmehr geht es hier darum, der Staatsanwaltschaft mißliebige Rechtsanwälte durch eine längere Haft und dadurch bedingte längere Abwesenheit von ihrer Anwaltskanzlei in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben und so ihre berufliche Existenz zu vernichten. Die Unterzeichner der Presseerklärung setzen sich für die sofortige Aufhebung des Haftbefehls ein.

Gewerkschafter gegen Verjährung

Die Vertreterversammlung der IG Metall, Ortsgruppe Wolfsburg hat in einem Antrag den DGB-Bundesvorstand beauftragt, alle Bundestagsabgeordneten, die Gewerkschaftsmitglieder sind, dazu aufzufordern, gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen zu stimmen. Dieser Antrag wurde bei einer Gegenstimme eines Vertreters aus dem Ortsvorstand angenommen.

Er ist ein Spiegelbild sowohl des starken Protestes gegen die Bonner Verjährungspläne als auch der innergewerkschaftlichen Opposition gegen die passive Haltung des DGB-Vorstandes in der Verjährungsfrage, wie er an der Basis der IGM-Ortsgruppe — hauptsächlich VW-Arbeiter — vorherrscht.

Dies ist nicht der einzige Antrag dieser Art. Schon mehrere Vertreterversammlungen der IG Metall sind in letzter Zeit in dieser Form gegen die drohende Verjährung aktiv geworden.

„Cafe Vaterland" dichtgemacht

Das berüchtigte, im Neo-Nazi-Stil eingerichtete „Cafe Vaterland" in Westberlin (wir berichteten darüber) war in der letzten Woche Ziel zahlreicher antifaschistischer Protestaktionen. Eine Gruppe beherzter Antifaschisten rückte das militaristische Mobiliar „gerade". Unbekannte zertrümmerten mit Pflastersteinen die Scheiben. Eine Bürgerinitiative bildete sich, die die Schließung des Neo-Nazitreffs forderte.

Angesichts des zunehmenden Widerstands gaben die Betreiber des „Cafes" auf.

Freibrief für die Polizei

Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Celle haben Polizisten Recht bekommen, die bei einer Demonstration einen Fotografen des KBW festgenommen hatten. Begründung: Der Fotograf, der 1976 in Lüneburg eine vom Weg abgewichene Demonstration fotografieren wollte, hätte die Bilder doch nur in der Zeitung und auf Stellschildern des KBW als Beweise eines angeblichen „Polizeiüberfalls" verwendet! Deshalb seien die Beamten zur Abwehr dieser „unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" berechtigt gewesen.

Kommt ein neuer Judenstern?

Diese Frage wirft das „Antifaschistische Tagebuch" Nr. 2 auf, das vom „Antifaschistischen Arbeitskreis Karlsruhe/Initiative gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen" seit Anfang des Jahres herausgegeben wird.

In seiner „Eintragung" vom 13. 2. 79 weist das „Tagebuch" auf eine unglaubliche Praxis der Meldebehörden hin, die sich aus einer Änderung des Ausweisgesetzes vom 6. 11. 78 ergibt: „Seit Anfang Februar können die Behörden jedem, gegen den ein Strafverfahren läuft (also **vor** der Gerichtsverhandlung) einen Stempel in den Personalausweis verpassen.

Bei jeder Personalkontrolle, sogar wenn er auf dem Postamt einen Einschreibebrief abholt (ins Ausland kann er schon gar nicht mehr) — der Betroffene ist durch den Stempel gebrandmarkt!

Nach aller Erfahrung wird der Stempel in der Hauptsache in die Ausweise politisch unbequemer Personen gedrückt werden. So besteht die Gefahr, daß dieser Stempel ein neuer „Judenstern" wird — ein Judenstern für Politische."

Aber auch zur aktuellen Verjährungsdiskussion nimmt das Tagebuch Stellung. So werden die Manöver der Bonner Parteien, um eine Aufhebung der Verjährung von Nazi-Verbrechen herumzukommen, entlarvt:

Nicht nur, daß das Bonner Regime bis auf den heutigen Tag die „Völkerrechtskonvention der UNO über die Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" nicht unterschrieben hat, es verheimlicht geradezu die Existenz dieser Resolution!

Wie jeder gegen die drohende Verjährung von Nazi-Verbrechen aktiv werden kann, zeigt der Arbeitskreis in einem Vorschlagskatalog auf:

„1. Lassen Sie sich Unterschriftenlisten kommen (oder selber machen) und sammeln Sie im Bekanntenkreis, in Gaststätten, auf Festen aller Art, in der Schulklasse, im Betrieb oder wo Sie sonst noch organisiert sind. Schicken Sie die Liste an die Kontaktadresse.

2. Regen Sie in der Schule oder sonstwo Diskussionen mit Abstimmungen über die Verjährung an.

3. Schlagen Sie in ihren Organisationen, Schulen usw. vor, daß **antifaschistische Filme** gezeigt werden." (In „Roten Morgen" Nr. 7/79 stellten wir einige antifaschistische Filme vor).

„4. Wenn vielleicht mal wieder ein guter antifaschistischer Film im Fernsehen kommt, können Sie ihre Bekannten zu einem Fernsehabend einladen. Danach Diskussion.

Auf jeden Fall: Unterrichten Sie uns vorher oder nachher über solche Aktivitäten."

Kontaktadresse:
Karl Strütt
Am Rüppurrer Schloß Nr. 5
7500 Karlsruhe-Rüppurr
Tel.: 88 31 10.

600 Mark Geldstrafe

... weil er Schleyer nicht ehren wollte!

Seine Arbeitsplatz hatte er bereits verloren. Jetzt fand die Berufungsverhandlung im Strafverfahren gegen den 30jährigen Arbeiter Norbert Benner aus Bobenheim-Roxheim statt, die ihm — wie in erster Instanz — 600 Mark Geldstrafe und die Hälfte der Gerichtskosten bescherte.

Zweierlei hatte sich Norbert als Beschäftigter der Firma Albert AG „zu Schulden kommen lassen": Einmal hatte er auf einem Fahndungsflugblatt der Polizei am Arbeitsplatz ein Bild des damaligen Unternehmerverbandspräsidenten Hans Martin Schleyer mit einem Kreuz und der Aufschrift „Kapitalistenschwein" versehen. Außerdem war er bei einer wenige Tage später abgehaltenen Trauerfeier für Schleyer beim Fegen angetroffen worden. Dabei hat er nach eigenen Worten gesagt: „Warum soll ich wegen dem aufhören, an die anderen armen Säue denkt doch auch niemand." Gemeint war damit zum Beispiel der ermordete Pilot der entführten Lufthansa-Maschine.

Nun war Norbert wegen dieses „Vergehens" in erster Instanz zu 600 Mark verurteilt worden. Er ging in die Berufung. Ebenso der Staatsanwalt, der Norbert für sieben Monate ins Gefängnis schicken wollte!

Sichtlich aufgebracht waren Staatsanwalt und Gericht, als der Anwalt Norberts jetzt in der Berufungsverhandlung zwei Beweisanträge einbrachte. Einmal sollte die politische Vergangenheit Schleyers aufgerollt werden. Außerdem wurde eine Äußerung eines Büttenredners vom Ludwigshafener Karneval angeführt, die auch nicht wegen „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener" verfolgt worden war. Diese Äußerung lautete: „Der Tod von Holger Meins, ein Unglück war das keins"!

Nichts zeigt deutlicher den Klassencharakter der Justiz, als die Tatsache, daß die eine Äußerung gebilligt wird, während die andere mit Gefängnis bestraft werden soll.

Beide Beweisanträge wurden abgelehnt. Dennoch sah sich der Staatsanwalt veranlaßt, im Verlauf der Verhandlung von seiner Geldstrafe herunterzugehen und „nur" 2.000 Mark Geldstrafe zu fordern.

Norbert wurde wiederum zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Urteilsbegründung spricht für sich: Die Beweisanträge seien zwar wahr, aber sie ließen sich nicht beweisen! Man dürfe im übrigen die Vergangenheit Schleyers (SS-Führer usw.) nicht so werten. Auch die Jugendlichen, die im Gerichtssaal säßen, würden eines Tages froh sein, wenn sie die Fehler, die sie jetzt begingen, verziehen bekämen!

Für die anwesenden Jugendlichen war dieser Prozeß ein Lehrstück, das ihnen zeigte, daß man heute wieder in Deutschland gerichtlich verfolgt wird, wenn man einem Mitgliede der herrschenden Klasse keine Ehrerbietung erweist.

„Als Arbeiter bekommt man in diesem Staat kein Recht“

(Volkskorrespondenz aus Recklinghausen)

Ich wende mich an euch, weil ich durch den Artikel im „Roten Morgen“ Nr. 9 „Dies ist kein Sozialstaat, dies ist ein Willkürstaat“ nur in meinen Erfahrungen bestätigt und in meinem Willen, jetzt erst recht gegen diesen Unrechtsstaat zu kämpfen, bestärkt wurde. Im folgenden möchte ich darüber berichten, welche Erfahrungen ich mit diesem Staat, seinen Ärzten, Richtern und Staatsanwälten gemacht habe.

Ich bin Arbeiter, von Beruf Elektriker und 47 Jahre alt. Am 14. September 1962 befand ich mich mit meinem Motorroller auf dem Weg zur Arbeit, ich war damals bei der Elektrofirma Dörnemann in Recklinghausen beschäftigt. An einer Kreuzung nahm mir ein Fahrzeug die Vorfahrt, ich stürzte schwer und wurde dann in das Prosper-Hospital eingeliefert. Ich hatte eine schwere Gehirnerschütterung (da ich keinen Helm aufhatte), mehrere Abschürfungen und Prellungen am ganzen Körper. Doch nach einigen Tagen, obwohl ich kaum laufen konnte und immer noch schwere Kopfschmerzen hatte, wurde ich aus dem Krankenhaus entlassen.

Der Stationsarzt Dr. Nolting var fassungslos. Er sagte zu mir: „Das kann doch nicht wahr sein, daß der Chefarzt (Dr. Hammerschlag) Sie schon nach Hause schickt, bei Ihrer Verletzung muß man wenigstens vier bis sechs Wochen flach und ganz ruhig liegen.“ Danach war ich oft krank und konnte nicht arbeiten, da die Kopfschmerzen immer schlimmer wurden und ich des Nachts oft nicht schlafen konnte. Ich war gezwungen, immer öfter Ärzte aufzusuchen, wobei eben festgestellt wurde, daß sich eine Gehirn- und Nervenentzündung eingestellt hatte. Einige Zeit später kam eine Herzmuskelschädigung hinzu.

In den Jahren 1963 und 64 wurde ich von den Ärzten Dr. Többen und Dr. Leutholt aus Herne untersucht; beide stellten die oben genannten Schäden fest, und Dr. Leutholt schrieb in seinem Gutachten: „Ein Kuraufenthalt zur Erhaltung der Arbeitskraft ist dringend notwendig.“ Die Berufsgenossenschaft für Elektro- und Feinmechanik in Köln lehnte eine Kurbehandlung ab. 1964 wurde ich in das Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert und nach kurzer Zeit wieder entlassen, auf dem Entlassungssschein stand „gebessert — aber nicht arbeitsfähig“ — trotzdem mußte ich wieder arbeiten, und gebessert hatte sich immer noch nichts.

Nun nahm ich an, daß ich beim Sozialgericht mein Recht bekommen würde, da ja zwei Gutachten einschließlich EKG und anderen Untersuchungsergebnissen vorlagen, die sehr deutlich meine Krankheit bestätigten. Doch die Berufsgenossenschaft hat einen eigenen Gutachter. Sie stellte fest: „Kleine Abweichungen, aber sonst alles normal, keine Heilbehandlung erforderlich.“ Und das, obwohl mich der Gutachter der BG nie untersucht hatte! Das Gericht lehnte meine Klage ab. Das schlug dem Faß den Boden aus!

Ich legte Beschwerde gegen dieses Urteil ein, und es kam erneut zu einer Verhandlung vor dem Sozialgericht in Köln. Ich zweifelte den Gutachter der BG an und beschwerte mich über die Art der Prozeßführung. Daraufhin wurde mir vom Staatsanwalt „mutwillige Prozeßführung“ vorgeworfen, und als ich sagte, „daß es so etwas in der DDR nicht geben würde“ (das war meine damalige Meinung), warf mir der Richter „kommunistische Aktivitäten“ vor. Das war für mich ein Schlag ins Gesicht, ich war empört. Meine Wohnung wurde auf Anordnung des Richters durchsucht, und der gleiche Richter beantragte meine Einlieferung in die psychiatrische Klinik in Essen, um „meinen Geisteszustand zu überprüfen“.

Dort wurde ich vier Wochen gefangengehalten und dann nach Göttingen überwiesen. Dabei wurden von mir wie von einem Schwerverbrecher Fotos angefertigt, und mir wurden immer wieder sehr erniedrigende Fragen gestellt. An dieser Stelle muß ich noch hinzufügen, daß der Verursacher des Unfalls damals der Sohn des Herrn Tetiwa war, damals seines Zeichens Oberster Richter des Amtsgerichts Recklinghausen.

Ich war froh, als ich aus diesen Irrenanstalten entlassen wurde. Ich ging weiterhin zur Arbeit, obwohl es mir schwerfiel, da die Kopf- und Herzschmerzen immer noch vorhanden waren. So passierte es, daß ich am 1. 12. 1967 auf dem Weg zur Arbeit in einen Autounfall verwickelt wurde. Das Auto, in dem ich saß, hatte Totalschaden, ich selbst wurde bewußtlos in das Marienhospital von Marl eingeliefert. Wieder hatte ich eine schwere Gehirnerschütterung erlitten, sowie eine Prellung der Halswirbelsäule, eine Kopfprellung und Hautabschürfungen.

Dann wurde ich aus dem Krankenhaus entlassen, natürlich hatten sich meine Kopf- und Herzbeschwerden verschlimmert. Ich reichte abermals Klage gegen die Innungskrankenkasse Recklinghausen und gegen die Berufsgenossenschaft ein. Eine Heilbehandlung wurde abermals abgelehnt mit der Begründung, ich hätte ja bei dem Unfall keine Gehirnerschütterung davongetragen. Das war eine bodenlose Frechheit, ich besorgte mir vom Krankenhaus in Marl meinen Untersuchungsbefund. In diesem stand schwarz auf weiß, unter Befund des Chefarztes Dr. Tenkhoff: „Gehirnerschütterung, Prellung der Halswirbelsäule usw.“ Wie konnte also die IKK das Gegenteil behaupten? Ich legte Berufung ein.

1973 wurde mir dann endlich eine Heilbehandlung bewilligt. Sechs Wochen verbrachte ich in Ahrweiler. Von Behandlung konnte allerdings keine Rede sein. Als ich den Arzt daraufhin ansprach, sagte er zu mir: „Ich behandele nur das, was ich sehe.“ So bekam ich Spritzen, Calzium und danach Haloperidol in Unmengen, ein Medikament, das — wie ich später im „Stern“ las — in der UdSSR in psychiatrischen Anstalten gegen Regimegegner angewendet wird.

Diese „Heilbehandlung“ brachte nichts, weil ja der Arzt nur das behandelte, was er sah. In meinen Kopf wollte er nicht hereinschauen. So arbeitete ich weiter, die Schmerzen blieben. Danach war ich öfter gezwungen, Ärzte aufzusuchen, man schickte mich überall hin, die Schuhe habe ich mir abgelaufen. Obwohl bis zu dem heutigen Tage Ärzte Fehler feststellten, so zum Beispiel auch der Befund der FU in Berlin, in der ich untersucht wurde: „Von der Norm abweichender pathologischer Alpha EEG mit korrelater physiologischer Ermüdung usw.“, lehnen die Berufsgenossenschaft und die Landesversicherungsanstalt eine vernünftige Heilbehandlung ab.

Nach alldem war mir auch klar, wie dann das Urteil beim Bundessozialgericht in Kassel ausfallen würde. Meine Klage wurde abgewiesen, unter anderem mit der Begründung: „Die Behauptung, der Gutachter sei unsorgfältig gewesen, kann zudem nicht zur Aufhebung des Urteils führen.“ So ist das, so einfach. Ich bin jetzt 47 Jahre alt, gesundheitlich kaputt (Herzmuskelschädigung und Hirnnervstörung), habe für die Unternehmer geschuftet, jetzt dieser Arschtritt und das war's.

Bei 30 bis 40 Ärzten war ich — ein tolles System: Keiner trägt die Verantwortung, der eine kann es auf den anderen schieben, und der eine Richter kann es auf den anderen Richter schieben.

Ich habe sehr viel gelernt, einschüchtern konnten sie mich nicht, obwohl einige Richter mich einen Querulanten, Geisteskranken nannten, und als das nichts nutzte, mich auch noch als Kommunisten bezeichneten. Nein, als Arbeiter bekommt man in diesem Staat kein Recht. Recht bekommt nur der, der Geld hat. Für die, die hier die Macht ausüben, für die gibt es einen Sozialstaat und eine erstklassige Krankenversorgung sowie Heilbehandlung. Diese Typen lassen sich Ärzte aus der Schweiz oder Amerika kommen, wenn sie nur Halsschmerzen haben. Aber für den Arbeiter gibt es nur Pillen und den Tritt in den Hintern. Und wenn man sieht, was hier in der Bundesrepublik in den Gerichtssälen, Gefängnissen und Krankenhäusern passiert, dann ist mein Fall kein Einzelfall. Dann muß man sagen, daß es mehr Unrecht gibt als nur Klassenjustiz und schlechte Heilbehandlung, dann hat dieser ganze Staat keine Existenzberechtigung. So wollte ich auch mit dazu beitragen, die Wahrheit über diesen Unrechtsstaat zu verbreiten.

Schneesturm — keine Hilfe vom Staat!

(Volkskorrespondenz aus Hamburg)

Die sogenannten Schneekatastrophen in Norddeutschland haben deutlich gezeigt, daß der Staat gar nicht daran denkt, den Menschen ausreichend zu helfen. Die Bevölkerung soll glauben, daß sie auf den Staat angewiesen, daß, wenn er nicht hilft, sie verloren ist. Warum kann man denn nicht einfach ein verschneites Dorf oder Gehöft mit Hilfe von Hubschraubern evakuieren? Die Bundeswehr verfügt über eine große Zahl Transporthubschrauber, mit denen man in wenigen Flügen alle gefährdeten Menschen ausfliegen und so in einer größeren Stadt in Hotels unterbringen könnte. Aber dann wird das Märchen erzählt, daß die Hubschrauber und Starrflügler wegen der schlechten Wetterbedingungen nicht starten noch landen können.



Eines von Hunderten von der Außenwelt abgeschnittenen Gehöfte in Norddeutschland

Ich bin selbst Pilot und kann mit gutem Gewissen sagen, daß es während der ganzen „Katastrophentage“ nur wenige Stunden gegeben hat, in denen ein Flugzeug nicht hätte fliegen können. Selbst Fuhlsbüttel [Hamburger Flughafen] war nur für zwei Tage gesperrt und das nicht, weil die Jets nicht hätten fliegen können, sondern weil die Positionslichter der Rollbahnen immer wieder von Schneewehen verdeckt worden sind.

Aber abgesehen davon, alle Flugzeuge der Bundeswehr sind für Instrumentenflugbedienung ausgerüstet und können daher bei nahezu jedem Wetter fliegen. Aber man braucht gar nicht vom Fach zu sein, um zu sehen, daß die Geschichte vom schlechten Flugwetter stinkt! Wenn es den Amerikanern darum ging, in Vietnam bei Nacht und Nebel, bei Regen und Sturm ein Dorf zu bombardieren, dann war das kein Problem. Wenn es aber darum geht, einen eingeschneiten Bauern und seine Familie aus seinem Hof zu fliegen, dann sieht die Sache schon ganz anders aus.

Wenn man tatsächlich einmal nicht hätte landen können, um Menschen zu retten, dann wäre immer noch die Möglichkeit gegeben, Verpflegungsbomben abzuwerfen, um so wenigstens die Notleidenden mit dem Nötigsten aus der Luft zu versorgen.

Über Rundfunk gibt man den Menschen lächerliche Tips, wie man am besten überlebt, anstatt mit Skiern ausgerüstete Rettungsmannschaften Hilfe bringen zu lassen.

Und wenn selbst das nicht funktionieren sollte, dann könnte man immer noch ein paar hundert Skidoos aus Österreich einfliegen, mit denen man dann mühelos und schnell von einem Dorf zum anderen gelangen kann.

Es gäbe also viele Möglichkeiten, den Menschen zu helfen — wenn man nur wollte. In diesen Tagen ist meine Wut auf den Staat um das Zehnfache gestiegen. Diese Tage haben wieder gezeigt, daß Menschenleben für den Staat wichtig sind, wenn man Profit daraus machen kann.

In Hamburg waren viele Werktätige vernünftig genug, ihre Autos zu Hause zu lassen, um mit Bus oder Bahn zur Arbeit zu fahren. Das Ergebnis: Die öffentlichen Verkehrsmittel waren überfüllt. Es wurde nicht eine einzige U-Bahn mehr eingesetzt! Die Bahnen fuhren entweder wie immer nach Plan oder gar nicht. Mit dem gleichen Arbeitseinsatz hat die Hochbahn in diesen Tagen mehr Menschen befördert als sonst und damit ein gutes Geschäft gemacht.

Urlauber, die auf den Nordseeinseln eingeschneit waren, wurden von der Polizei für eine Gebühr von 50 Mark ausgeflogen, damit sie wieder rechtzeitig zur Arbeit kamen. Wenn sie dann noch das Pech hatten, weit entfernt von den Zielflughäfen zu wohnen, die die Polizei anflog, dann mußten sie sehen, wie sie von dort weiterkamen. Nicht selten waren sie dann auf kleine Privatunternehmen angewiesen, die sie für viel Geld per Flugzeug oder Bus in ihre Stadt brachten.

Diese Tage haben also bewiesen, daß man sich nicht auf den Staat verlassen darf. Die Menschen müssen sich in solchen Situationen selbst helfen und das haben sie auch zum großen Teil getan.

Eine Verhöhnung der Ärmsten der Armen

Volkskorrespondenz aus Meersburg/Bodensee

Mit viel Lärm und Propaganda wurde von seiten der Bonner Regierung der Bevölkerung mitgeteilt, daß die Sozialrenten bzw. die sogenannte Hilfe zum Lebensunterhalt (sprich: Unterstützung vom Sozialamt) ab 1. 1. 1979 erhöht werden. Ganz klar — denkt man —, die Lebenshaltungskosten steigen ja auch.

Eine gute Nachricht für die Ärmsten der Armen?

Die Wirklichkeit sieht anders aus! Ich habe eine Bekannte, welche mit zwei Kindern im Alter von neun und fünf Jahren pro Monat insgesamt 263 Mark für Miete und 272 Mark als Hilfe für den Lebensunterhalt bekommt. Mit diesen 272 Mark muß alles bestritten werden, Essen, Schulsachen, Kleider usw. Vor der angekündigten Erhöhung kamen aber erst neue Erhebungen, Nachprüfungen über Befürftigkeit usw. Ja, und dann kam die Erhöhung! Sage und schreibe pro Kind und Monat eine Mark, für die Mutter vier Mark pro Monat. Selbst der zuständige Beamte des Sozialamtes hat sich geschämt, als er die Höhe dieser grandiosen Erhöhung meiner Bekannten mitteilte!

Nun aber noch etwas über eine Erhöhung anderer Art. „Bild“ berichtete zum Beispiel (wie auch andere Zeitungen), daß die Diäten der werten Volksvertreter ab Januar 1980 um 13 Prozent, das heißt um 1.000 Mark erhöht werden. Damit erreichen sie die monatliche Höhe von 8.500 Mark. Der „Südkurier Konstanz“ kommentierte dies so: Jeder andere Arbeitnehmer nimmt eine Erhöhung seines Lohnes als selbstverständlich hin, warum nicht auch der Abgeordnete?!

Nun, es ist ein Unterschied, was ein Arbeiter bzw. ein Empfänger einer Sozialrente erhält oder wieviel einer der Herren im Bundestag kassiert! Mit anderen Worten: Prozent ist nicht gleich Prozent. Der kleine Mann bekommt Pfennige, bei den Volksvertretern wird mit Tausendern gerechnet. Die angebliche Erhöhung der Sozialunterstützung ist in der Praxis oft nichts als eine brutale und zynische Verhöhnung der Ärmsten. Aber eines sollen sich die Herren Volksvertreter gesagt sein lassen! Der Tag wird kommen, an welchem das Volk mit ihnen abrechnen wird!

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Veranstaltungskalender

Mannheim: Am Freitag, den 30. 3. um 20 Uhr zeigt das Cinema Quadrat in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft der Freunde Albaniens die beiden albanischen Filme „Vier Lieder für die Partei“ und „Roter Mohn auf der Mauer“. Ort: Cinema Quadrat, Werkhaus, Mozartstraße, Nähe Nationaltheater.

Auf den Autokarten sind die meisten Straßen im Landkreis Osterholz-Scharmbeck grün gekennzeichnet, als Hinweis für schöne Landschaft. Geest, Wald, Moor, Heide und ein paar kleine Seen — nicht umsonst liegen hier mit die schönsten und beliebtesten Ausflugsziele der Bremer. Die Straßen führen durch Dörfer mit schönen alten niedersächsischen Höfen, die Siedlungen, in denen Städter wohnen, und durch die Kleinstadt Osterholz-Scharmbeck. Doch die Idylle trügt. Seit Oktober letzten Jahres liegt ein paar Kilometer von Osterholz-Scharmbeck entfernt bei dem kleinen Dorf Garlstedt eine US-Garnison mit einem großen Truppenübungsplatz. Kasernengelände und Truppenübungsplatz liegen mitten in Landschafts- und Naturschutzgebieten. Die noch nicht zerstörten Teile der Garlstedter Heide, Schmidts Kiefern oder die Heidhofer Teiche sind noch einen Sonntagsausflug wert — bis der Übungsbetrieb voll beginnt.



US-Stützpunkt in der Garlstedter Heide

Die Amis kommen ...



Fast 4.000 amerikanische Soldaten werden bis zum Sommer dieses Jahres in Garlstedt stationiert sein. Ungefähr 2.500 von ihnen werden zu zweit oder dritt in winzigen Appartments auf dem Kasernengelände wohnen, die anderen mit ihren Familien im 15.000-Einwohner-Städtchen Osterholz-Scharmbeck. Über 1.000 Wohnungen und Einfamilienhäuser werden am Rande der Stadt nahe bei Bremen gebaut. Ein Teil davon ist schon bezogen. Einschließlich der Familienangehörigen wird in Osterholz-Scharmbeck bald jeder dritte Amerikaner sein.

In der Presse liest man bis auf wenige Ausnahmen nur von der Stationierung von einer Panzerbrigade, das sind ca. 4.000 Soldaten, 400 Ketten- und Radfahrzeuge, darunter 118 Schützenpanzer, 18 Panzerhaubitzen und insgesamt 8 Hubschrauber. Auch wenn die Folgen für Menschen und Land bereits bei dieser Truppenstärke noch nicht zu übersehen sind, so gehen die Pläne der NATO-Kriegstreiber weit darüber hinaus.

Die Brigade trägt den verräterischen Namen: 2nd Armored Division (fwd). „fwd" ist die Abkürzung für „forward", was man mit „vorgeschobener Teil" der zweiten Panzerdivision (zu der die Brigade gehört) übersetzen kann. Nur eine kleine Vorhut soll nämlich ständig in Garlstedt liegen, im Krisen- oder sogar Kriegsfall werden es weit mehr sein. Hier und da liest oder hört man, daß im großen Umkreis von Garlstedt Nachschub an Munition und Material für drei amerikanische Divisionen liegt, manchmal ist von Nachschub für ein Corps (45.000 Soldaten) die Rede. Natürlich wird versucht zu vertuschen, was zu vertuschen geht. Aber die folgenden Tatsachen zeigen deutlich, welchen Platz Garlstedt in den Plänen der Pentagon-Strategen einnimmt.

- Bremerhaven ist seit langer Zeit Versorgungshafen für die US-Armee, ein neuer Tiefseehafen vor Cuxhaven ist geplant, beide Hafenanlagen sind für Truppen- und Materialtransporte geeignet.
- Eine neue Autobahn (A 5), ungefähr in Luftlinie von Gießen nach Nordenham, ist geplant. Diese Autobahn hätte nicht nur für die Industrieansiedlung an Küste und Unterweser Bedeutung, sondern sie würde auch eine schnellere Verbindung zwischen den US-Truppen im Frankfurter Raum und in Garlstedt schaffen.
- Der amerikanische Kommandeur der Brigade hat zugleich das Oberkommando der amerikanischen Militärgemeinde in Norddeutschland, auch personell soll in Garlstedt eine Schaltstelle sein.
- Die Brigade gehört zu einer Elite-Division, die sich „Hells on wheels" (Hölle auf Rädern) nennt. Diesen kriegsverherrlichenden Namen hat sich die Division im zweiten Weltkrieg zugelegt, seitdem war sie immer dabei, wenn für Dollars Völker gemordet wurden, in Korea, in Vietnam ... und jetzt sind sie in Deutschland.

Mit der Garlstedter Garnison hat das Pentagon, unterstützt von Bonn, etwas Besonderes vor: Eine „Speerspitze" der NATO soll unsere Heimat in einen Kriegsschauplatz verwandeln, wenn es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den aggressiven Kriegsblöcken der beiden Supermächte kommt. Zur Übergabe der Garnison erklärte Bundesverteidigungsminister Apel im Oktober zynisch: „Die Stationierung ... stärkt nicht nur den Abschreckungswert unserer Verteidigung, sondern ist auch ein Beweis der Bündnissolidarität, die ein wesentliches Element unserer Sicherheitspolitik darstellt."

Um die Sicherheit der Menschen der Umgebung machen sich diese hohen Herren keine Sorgen, so sind nicht die geringsten Schutzbauten für die Bevölkerung geplant, und das, obwohl von niemandem bestritten wird, daß die Amis auch Atomwaffen bzw. Sprengköpfe deponieren werden oder bereits stationiert haben.

Erfolglose Werbung für den „neuen Nachbarn"

Die Herren der Stadt- und Kreisverwaltung Osterholz-Scharmbeck haben sich wirklich alle Mühe gegeben, um „menschliche Nähe", so der Stadtdirektor, zwischen Einheimischen und US-Besatzern zu schaffen. Von Glanzpapierbroschüren für Deutsche und Amerikaner, über extra angebotene Sprachkurse und eine anbiedernde, um Verständnis für die „neuen Mitbürger" werbende Presseberichterstattung bis hin zu den ersten groß aufgemachten gemeinsamen Gottesdiensten reicht die Palette der Integrationsversuche. Die Amerikaner, die zum größten Teil drei Jahre in Garlstedt bleiben, sollen sich hier wohlfühlen, tönt es aus allen offiziellen Munden.

Man hat keine Kosten gescheut, um die zu erwartenden Konflikte so gering wie möglich zu halten. 170 Millionen Mark mußten bundesdeutsche Steuerzahler für Wohnungen und Kasernen zulegen, 80 Millionen zahlen die Amerikaner. Die Unterkünfte haben einen höheren Standard als sonst, heißt es, auch das soll das Einleben erleichtern. Man läßt wirklich nichts unversucht, sogar eine Kirche wurde von dem Geld auf dem Kasernengelände gebaut.



Bürgerversammlung gegen den US-Stützpunkt in der Garlstedter Heide

Der Vogel wurde aber mit dem Projekt „Neuer Nachbar" abgeschossen: In dem Kreisblatt der Kleinstadt, in den beiden Bremer Tageszeitungen groß angekündigt, sollten deutsche Patenfamilien für den „neuen Nachbarn" gesucht werden. Fragebogen wurden verschickt, mit Hilfe eines Computers sollten die passenden Kontakte herausgesucht werden. Nach Schulbildung, Beruf usw. wurde gefragt, die beliebtesten Hobbys sollte man ankreuzen. Zur Auswahl wurden da etwa angeboten: Schießen, Jagd, Segelfliegen oder Fallschirmspringen. Es ginge dabei nur um die „menschliche Seite", wurde betont, im Anschreiben hieß es: „Vielleicht gehören Sie zu jenen, die bisher aus mancherlei verständlichen Gründen der ganzen Angelegenheit kritisch oder skeptisch gegenüberstehen. In diesem Fall bin ich jedoch sicher, daß Sie bereit sind, die Sache von den damit verbundenen Personen zu trennen."

In den Zeitungen wurde ein voller Erfolg im voraus angekündigt, weit über 100 Patenschaften sollten geschlossen werden. Doch dann kam das erste Treffen. Es mußte wegen mangelnder Beteiligung ausfallen. Zum zweiten Treffen kamen gerade 17 Deutsche, und auch nur die, die sich zur kleinstädtischen Prominenz zählen möchten. Seitdem berichtet die Presse nicht mehr darüber.

Ami go home!

Doch die Bevölkerung weiß, was sie erwartet. Rauschgiftprobleme, Prostitution, Schlägereien, Überfälle, Belästigungen, diese Erscheinungsformen gehören trotz aller „Integrationsversuche" zur US-Armee.

An vielen kleinen Punkten merken die Amis, daß ein großer Teil der Bevölkerung sie nicht will. Wie überall auf der Welt, wo ihre Militärstiefel hintreten, können sie an den Wänden lesen: „Ami go home!" Vor einer Diskothek hatten ein paar Jugendliche, unterstützt vom KBW, eine Stellwand mit der Aufschrift aufgestellt: „Ausländer willkommen, Besatzer raus!" Viele Disco-Besucher haben darüber diskutiert, und obwohl in Schule und Presse gerade die Jugendlichen zur „Völkerverständigung" aufgefordert werden, fanden die meisten diese kleine Aktion richtig. Die amerikanischen Soldaten kamen nicht rein und schlichen davon. Klar, daß sie bald unverschämter auftreten werden, aber dann werden sich die Osterholzer Jugendlichen zu wehren wissen.

Auch unter den Bauern wächst der Widerstand. Sie haben die ersten Folgen dieser größten amerikanischen Truppenstationierung in Norddeutschland schon unmittelbar zu spüren bekommen. Bauernland wurde für verschiedene militärische Anlagen, für Depots, Funkstationen usw. benötigt. Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Notverkäufen mußte Land für militärische Zwecke aufgegeben werden, es wäre sonst enteignet worden. Seit 1960 verloren im Landkreis insgesamt 1.376 Bauern ihre Höfe, das sind über ein Drittel. Bewußt wurde die Notlage und die Verschuldung vieler Bauern ausgenutzt; für das für militärische Zwecke bestimmte Land wurden hohe Preise gezahlt, um den Widerstand geringzuhalten. Doch die Bauern werden sich die zunehmende Bedrohung ihrer Existenz nicht gefallen lassen, aus Unmutsäußerungen werden die ersten kleinen Aktionen gegen die Amis.

Ein Bauer hat vor Weihnachten direkt vor die neuen Ami-Wohnungen Günne (besonders scharf riechende Jauche) gefahren: „ . . . Fenster konnten die nicht aufmachen, die sollen auch merken, daß wir sie nicht wollen", sagte er uns. Weiterer Straßenbau, Veränderungen des empfindlichen Wasserhaushalts durch die weitflächige Asphaltierung des Kasernengeländes und vor allem die Manöver werden sicher zu größeren Protesten bei den Bauern führen.

„Rettet die Garlstedter Heide!"

Unter diesem Slogan hatte die Bürgeraktion Garlstedter Heide in den vergangenen Jahren über 45.000 Unterschriften gegen die Truppenstationierung gesammelt. Die schöne Landschaft sollte nicht zerstört werden.

Trotz dieser Mängel hat die Bürgeraktion die Verharmlosungsversuche und die Lügen der staatlichen Stellen über die Folgen des Truppenübungsplatzes immer wieder aufgedeckt. So hat sie vor kurzer Zeit einen geheimen Nutzungsplan veröffentlicht, der ahnen läßt, was den Landkreis erwartet.

„An eine Erweiterung des Truppenübungsplatzes ist nicht gedacht."

So lauteten alle Zusagen von staatlicher und militärischer Seite, als beschlossen wurde, auf dem Bundeswehrübungsplatz die Amis zu stationieren. Mit der Veröffentlichung des Nutzungsplans platzte diese Lüge. Über 40 Kilometer Beton- und Asphaltstraßen, ca. 8 bis 10 Meter breit, befahrbar für Panzer, sollen gebaut werden. Biwakplätze, Handgranatenwurfplätze, Schießanlagen sind zusätzlich geplant. Bisher wurde nur in Zugstärke (bis zu sechs Panzer) geübt, jetzt soll in Bataillonsstärke (bis zu 100 Panzer) geübt werden können. Und dann heißt es im Nutzungsplan: „Weitere militärische Ausbauforderungen sind denkbar, wenn sich diese durch den Stand der Waffentechnik sowie durch die Nutzung des Platzes ergeben . . ." Begrenzungen gibt es also überhaupt keine.

Die Empörung der Anwohner wächst

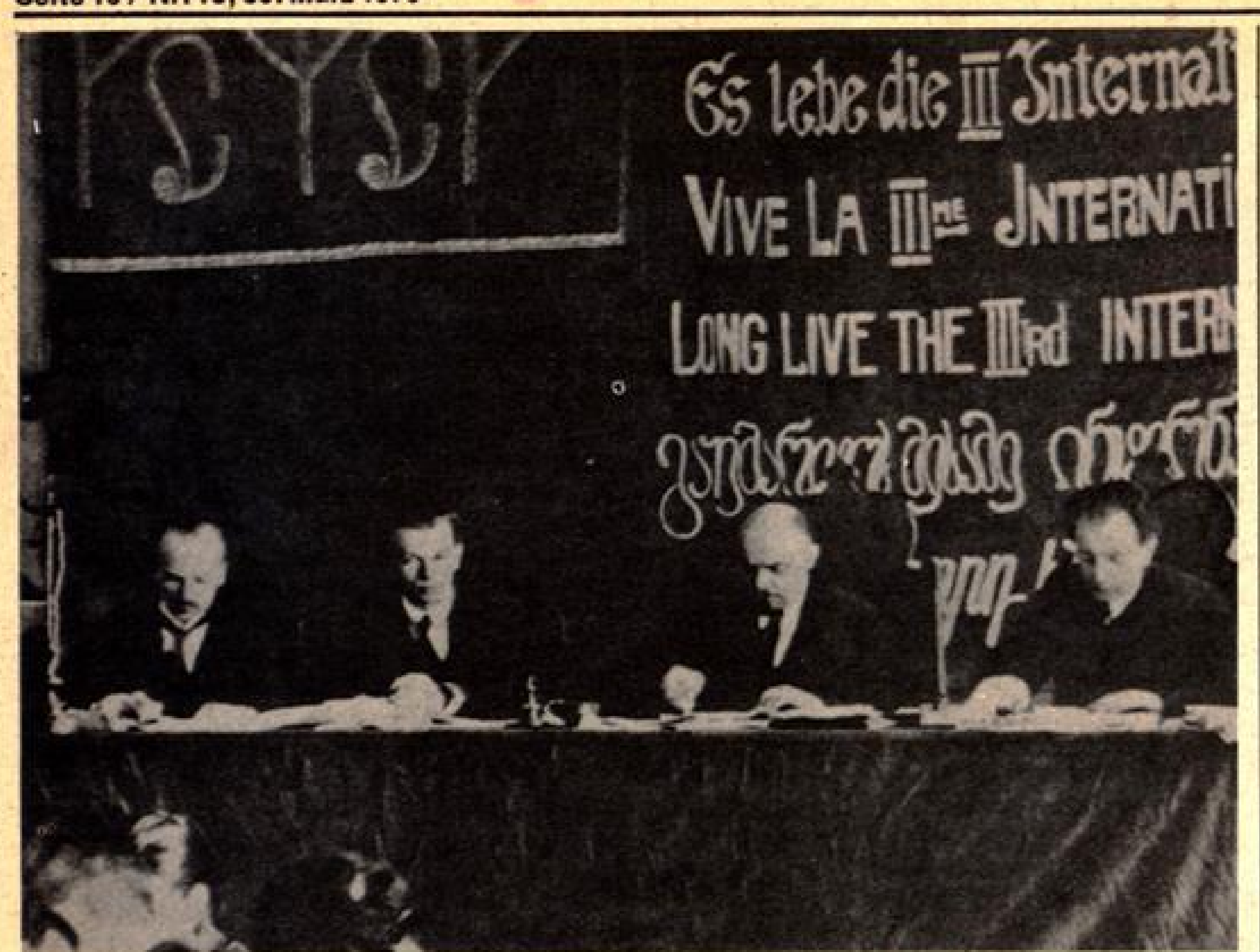
Nichts Genaues weiß man nicht — Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. — Mit diesem Abwiegelungsmotto der offiziellen Stellen der Wehrbereichsverwaltung und des Landkreises geben sich die Menschen im Umkreis von Garlstedt immer weniger zufrieden. Das haben die Herren auf einer Einwohnerversammlung Ende letzten Jahres deutlich zu spüren bekommen. Als sich die Empörung der ca. 100 Anwohner und Bauern immer deutlicher in Zwischenrufen und Unmutsäußerungen zeigte, erklärte ein Herr von der Wehrbereichsverwaltung arrogant: „Wir versuchen, die Belästigung so niedrig wie möglich zu halten, man kann die Diskussion lassen, wenn man keine Belästigung will."

Auf alle weiteren Fragen verwies er auf die „Forst" (Forstverwaltung), die schon für den Naturschutz sorgen würde, im Nutzungsplan seien doch ein paar Tage im Jahr extra dafür vorgesehen, die Amerikaner dürfen dann nicht üben. Im übrigen seien die Amerikaner für den Platz verantwortlich und er könne nichts sagen. „Aber natürlich können Spaziergänger weiter ins Naturschutzgebiet gehen — an schießfreien Wochenenden." — Wieviel schießfreie Wochenenden es denn gäbe? — „Ja, das liegt am Übungsbetrieb der Amerikaner." Einige Teilnehmer verließen voller Empörung die Versammlung. Noch sprechen auf solchen Versammlungen in erster Linie die Anwohner, die dort ihre Einfamilienhäuser haben und um die Zerstörung der schönen Landschaft und um die Lärmbelästigung berechtigt fürchten. Da gibt es noch Illusionen: „Minister Apel hat versprochen, uns zu helfen, wir müssen uns wieder an Bonn wenden", und Abwiegelei: Als ein Anwohner die Probleme ansprach, die mit der Anwesenheit von so vielen amerikanischen Soldaten entsprechend allen Erfahrungen auftreten werden, erwiderte die Versammlungsleiterin: „Ach, das haben wir doch alles schon ausdiskutiert, da kommen Sie zu spät, das haben wir längst hinter uns." Der Zwischenruf: „Nein, vor uns" wurde mit Beifall quittiert.

Wir hatten bei unseren Gesprächen und Besuchen den Eindruck, daß der Widerstand zunehmen wird, und er wird um so größer und erfolgreicher, je besser es gelingt, den Kampf gegen die Auswirkungen der Truppenstationierung mit dem Kampf gegen die Besatzermacht zu verbinden, nach deren Willen hier ein Kriegsschauplatz vorbereitet wird.



Eine von vielen Protestversammlungen, die von der Bevölkerung durchgeführt wurden (Sommer 1977)



Präsidium des Gründungskongresses der Kommunistischen Internationale. Zweiter von rechts: W. I. Lenin.

60 Jahre Kommunistische Internationale
„Proletarier aller Länder - vereinigt euch!"

„Die weltgeschichtliche Bedeutung der III., der Kommunistischen Internationale besteht darin, daß sie damit begonnen hat, die große Losung von Marx in die Tat umzusetzen, die Losung, die aus der hundertjährigen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die ihren Ausdruck findet in dem Begriff: Diktatur des Proletariats." W. I. Lenin

Vor sechzig Jahren, im März 1919, trafen 51 Delegierte von kommunistischen Parteien und Organisationen aus 30 Ländern zu einer internationalen Konferenz zusammen. Am Ende dieser historischen Tagung stand die Gründung der III., der Kommunistischen Internationale (Komintern). Damit verfügte das Weltproletariat wieder über einen internationalen Kampfstab, der fähig war, seine einheitliche Front gegen den Imperialismus zu schmieden.

Die Grundlagen für die Schaffung der Komintern wurden im Kampf gegen den imperialistischen Weltkrieg gelegt. Zu dieser Zeit war die alte, die II. Internationale, vollständig vom Opportunismus zerfressen. Ihre Führer hatten die große Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" verraten und die Kraft der Arbeiterbewegung in ihren Ländern dazu eingesetzt, um **ihre** Bourgeoisie in dem mörderischen Krieg um die Weltherrschaft zu unterstützen. Unter der verlogenen imperialistischen Losung der „Verteidigung des Vaterlandes" führten sie das Proletariat auf die Schlachtfelder des Raubkrieges. Vergessen waren alle früheren Beschlüsse der II. Internationale, in denen die Mitgliederparteien zum entschlossenen Kampf gegen den Krieg, zur Mobilisierung der Millionenmassen des Weltproletariats gegen das Völkermorden und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft in jedem einzelnen Land verpflichtet wurden.

Einzig die russische Partei, die von Lenin und Stalin geführte Partei der Bolschewiki, führte diese Beschlüsse durch. Die Bolschewiki waren es auch, die in den Jahren des Krieges die Initiative zur Sammlung und zum immer engeren Zusammenschluß der wahrhaften Internationalisten aus den alten sozialdemokratischen Parteien ergriffen. Schon 1915 erklärte Lenin im festen Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse: **„Die proletarische Internationale ist nicht untergegangen, und sie wird nicht untergehen. Die Arbeitermassen werden über alle Hindernisse hinweg die neue Internationale schaffen."**

Diese neue Internationale — so stellte Lenin immer wieder heraus — konnte aber keinesfalls eine einfache Neuauflage der alten sein. Lenin wies umfassend nach, daß der Opportunismus die Internationale und den Sozialismus verraten, die Arbeiterbewegung gespalten hatte. Er zeigte, daß die Parteien der II. Internationale endgültig ins Lager des Imperialismus übergegangen waren. **„Es wäre eine schändliche Illusion, auf den Wiederaufbau einer wirklich sozialistischen Internationale ohne vorhergehende vollständige organisatorische Scheidung von den Opportunisten seine Hoffnung zu setzen."** So stand es in den von Lenin ausgearbeiteten Thesen der bolschewistischen Partei im März 1915.

Organisatorische Trennung von den Opportunisten — das hieß aber nichts anderes als die Schaffung von wahrhaft revolutionären Parteien neuen Typs in jedem einzelnen Land und ihre Vereinigung zu einer vom Opportunismus befreiten, internationalen Kampforganisation. Die russischen Kommunisten trugen durch ihre Beispiel, durch ihren prinzipiellen und unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus entscheidend dazu bei, unter den Revolutionären der anderen Länder das Verständnis für die Notwendigkeit der Schaffung kommunistischer Parteien zu erhöhen. Die theoretischen Arbeiten Lenins, vor allem sein bedeutendes Werk „Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus" bildeten ein festes Fundament der späteren Komintern.

Mit dem Sieg der russischen Oktoberrevolution war eine neue Ära der Menschheitsgeschichte, die Ära der proletarischen Revolutionen begonnen. Zugleich bedeutete der Rote Oktober den sichtbaren geschichtlichen Sieg des Leninismus über den Opportunismus der II. Internationale.

Der Sieg der russischen Revolution, die revolutionäre Krise in einer Reihe von kapitalistischen Ländern, die zu bewaffneten Erhebungen des Proletariats führte — all das stellte noch dringender die Schaffung kommunistischer Parteien auf die Tagesordnung. Im Verlauf des Jahres 1918 entstanden in Finnland, Ungarn und Österreich, dann in Polen und Deutschland solche Parteien. Im März des gleichen Jahres nahm die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) den Namen Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) an. Lenin maß besonders der Entwicklung in Deutschland große Bedeutung zu. Er sagte: **„Als der deutsche Spartakusbund mit solchen in der ganzen Welt berühmten Führern, mit solchen treuen Gefährten der Arbeiterklasse wie Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring endgültig seine Verbindung mit Sozialisten vom Schlage Scheidemanns und Südekums zerriß, ... als der Spartakusbund den Namen Kommunistische Partei Deutschlands annahm, da war die Gründung der wirklich proletarischen, wirklich internationalen, wirklich revolutionären II. Internationale, der Kommunistischen Internationale, zu einer Tatsache geworden. Der Form nach ist diese Gründung noch nicht vollzogen, aber in der Tat besteht die II. Internationale bereits."**

Auf der Grundlage der Marxismus-Leninismus

Der erste Kongreß der Komintern im März 1919 und der zweite Kongreß im Juli des nächsten Jahres vollendeten diesen Prozeß der Herausbildung und Schaffung einer neuen revolutionären Internationale auf der festen Grundlage des Marxismus-Leninismus. Die von Lenin auf dem ersten Kongreß eingebrachten „Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats" entlarvten die opportunistischen Lügen über eine sogenannte reine Demokratie, die über den Klassen stünde. Sie stellten heraus, daß der wirkliche Klasseninhalt der bürgerlich-demokratischen Republik die Diktatur der Bourgeoisie ist. Sie zeigten die Notwendigkeit für das Proletariat auf, die Rätemacht zu erkämpfen, die allein den breiten Volksmassen eine wahrhafte Demokratie gewährt und deren Klasseninhalt die Diktatur des Proletariats ist.

Die „Richtlinien der Kommunistischen Internationale" orientierten die Sektionen in den einzelnen Ländern auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie und den Aufbau des Sozialismus. Die auf dem zweiten Kongreß verabschiedeten — ebenfalls von Lenin ausgearbeiteten „Thesen zur nationalen und kolonialen Frage" forderten die Arbeiter, vor allem diejenigen in den imperialistischen Ländern zur Unterstützung aller fortschrittlichen, antiimperialistischen Bewegungen in den unterdrückten Ländern und zum Kampf gegen die imperialistische Kolonialpolitik auf.

In diesem Sinne arbeitete die Komintern daran, den Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern mit der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verbinden.

Von größter Bedeutung für die Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung waren die auf dem zweiten Kongreß angenommenen 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern. Sie faßten die wichtigsten Prinzipien des proletarischen Klassenkampfes auf nationaler und internationaler Ebene zusammen und gaben den Sektionen zugleich eine Anleitung in den wesentlichen strategischen und taktischen Fragen der Revolution.

Die Kommunistische Internationale hat im Verlauf des Vierteljahrhunderts ihrer Existenz unsterbliche Verdienste im Kampf um den Zusammenschluß der Werktätigen aller Länder, um die internationale Arbeiterklasse errungen. Sie führte einen prinzipienhaften Kampf um die Reinheit des Marxismus-Leninismus. Sie half ihren Sektionen bei der Schmiedung ihrer Organisationen zu Parteien leninschen Typs; sie erleichterte ihnen den Übergang zu revolutionären Massenparteien und erzog in allen Ländern dem Kommunismus treu ergebene Kämpfer. Stets stand die Politik der Komintern im Einklang mit den Interessen der Menschheit, war sie gegen die menschenfeindliche Politik des Imperialismus gerichtet.

KPD und Komintern

All das kam auch im Verhältnis der Komintern zu ihrer deutschen Sektion, der KPD, zum Ausdruck. Sie half unserer Partei, die Reste des Sozialdemokratismus und das „linke" Sektierertum zu überwinden. Die Komintern unterstützte die Herausbildung und Formierung eines marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der Partei unter der Führung Ernst Thälmanns und stand ihm beim Kampf um die Bolschewisierung der KPD bei. Ein besonderer Ausdruck des großen Vertrauens der internationalen kommunistischen Bewegung in den Genossen Ernst Thälmann war die Tatsache, daß er im Jahr 1926 in das Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern gewählt wurde.

Im Zusammenhang mit der Unterstützung der deutschen Sektion muß besonders der Beitrag Josef Stalins hervorgehoben werden. Seine Ausführungen auf den Weltkongressen und im Exekutivkomitee zur deutschen Sektion waren äußerst wertvolle Hilfen bei der Schmiedung der KPD zu einer wahrhaft bolschewistischen Partei. Das gilt vor allem für die von ihm formulierten „12 Bedingungen für die Entwicklung der KPD zur Partei neuen Typs". Als infolge des Verrats der modernen Revisionisten die Neugründung unserer Partei im Jahr 1968 notwendig wurde, erschienen neben der Gründungserklärung auch die Stalinschen Thesen im „Roten Morgen". Sie haben bis heute ihre grundsätzliche Bedeutung für den Aufbau unserer Partei.



Ernst Thälmann während seiner Rede auf dem VII. erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das in der Zeit vom 22. November bis 16. Dezember 1926 in Moskau tagte.

Die Komintern erleichterte der KPD weiter das richtige Verständnis bei der Ausarbeitung einer revolutionären Taktik in den Perioden von Ebbe und Flut der revolutionären Bewegung, wobei die wertvollen Hinweise für die Entwicklung einer korrekten Taktik der Einheitsfront von besonderer Bedeutung waren. Der letzte, der vierte Weltkongreß der Komintern, analysierte die Probleme, die durch den Machtantritt des Faschismus in Deutschland und anderen Ländern entstanden waren, und es gab eine richtige Orientierung auf die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront.

Bei all dem war das Verhältnis der Komintern zur deutschen Sektion wie auch zu den anderen Sektionen geprägt vom proletarischen Internationalismus, von der selbstlosen und brüderlichen gegenseitigen Hilfe. Kennzeichnend für die Kommunistische Internationale waren die Selbständigkeit und die Gleichberechtigung aller Sektionen, ob groß oder klein, ob an der Macht oder noch im Kampf um die Macht, kennzeichnend war das völlige Fehlen jeder Bevormundung durch eine „Mutterpartei", wie wir es heute von den verschiedenen „Internationalen" revisionistischen Typs kennen.

Bei all dem ist es nicht verwunderlich, daß die Komintern während der ganzen Zeit ihrer revolutionären Tätigkeit den tiefen Haß des Weltimperialismus und seiner opportunistischen Lakaien hervorgerufen hat. Daß sich schließlich die finstersten Mächte der alten Gesellschaft, der deutsche, der japanische und der italienische Faschismus, zu einem „Anti-Komintern-Pakt" zusammenschlossen mit dem Ziel, die erste proletarische Staatsmacht und die internationale kommunistische Bewegung zu zerschlagen. Wo dieser Feldzug endete, ist bekannt.

Die revisionistischen „Internationalen"

Der Haß der Feinde der Arbeiterklasse gegen die Kommunistische Internationale aber ist bestehen geblieben, auch wenn die Komintern heute schon der Geschichte angehört. All das bürgerliche und revisionistische Pack, das heute beansprucht, die internationale Arbeiterbewegung zu vertreten, ist sich einig in der Hetze gegen die Komintern, gegen ihre Führer — besonders den Genossen Stalin — gegen ihr Programm und ihre revolutionäre Tätigkeit. Das gilt für die Führer der Sozialistischen Internationale, den Zusammenschluß verschiedener sozialdemokratischer Parteien unter dem Kommando der Schmidt und Brandt. Das gilt für die von Moskau gesteuerte revisionistische Internationale genauso wie für ihr Pekinger Gegenstück oder für die Eurorevisionisten.

Was macht denn das Wesen dieser Gruppierungen aus? Sie alle sind Werkzeuge der Politik imperialistischer Staaten. Der heillose Streit, der zwischen diesen Gruppierungen oder auch in ihren eigenen Reihen entbrannt ist, spiegelt den Kampf der imperialistischen Mächte untereinander wider. Wenn sie sich in der Ablehnung der Komintern und ihrer Ziele einig sind, dann zeigt das ihre Gemeinsamkeiten über alle Rivalitäten hinweg, wenn es um die Bekämpfung der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats geht.

Für uns Kommunisten haben die Ideale, die unter der Führung Lenins und Stalins festgelegten Kampfziele der Kommunistischen Internationale nach wie vor Gültigkeit. Auch wenn die Komintern als Weltorganisation des Proletariats heute nicht mehr besteht, stehen die im gemeinsamen Kampf verbundenen marxistisch-leninistischen Parteien doch in ihrer Tradition, kämpfen sie unter ihrem Banner gegen den Imperialismus und den Opportunismus aller Schattierungen. Genosse Enver Hoxha, der Führer der Partei der Arbeit Albaniens, schreibt in seinem Werk „Imperialismus und Revolution":

„Gegenwärtig zeigt sich jenes Phänomen der Zeit Lenins, als der Trennung von

Fortsetzung auf Seite 11

60 Jahre Kommunistische Internationale

„Proletarier aller Länder - vereinigt euch!"

Fortsetzung von Seite 10

der II. Internationale die Gründung neuer marxistisch-leninistischer Parteien folgte. Unvermeidlich ergab und ergibt sich aus dem revisionistischen Verrat überall die Gründung und Stärkung wahrer kommunistischer Parteien, die das von den Revisionisten weggeworfene und mit Füßen getretene Banner des Marxismus-Leninismus und der Revolution in ihre Hände genommen und hoch erhoben haben. Ihnen fällt die Bürde zu, der Globalstrategie des Weltimperialismus und des Revisionismus die ruhmreiche leninistische Strategie der Revolution, die große Theorie des Marxismus-Leninismus entgegenzustellen. Ihnen fällt die Bürde zu, die Massen vollständig der Ziele und des richtigen Weges des Kampfes, der Opfer, die nötig sind, bewußt zu machen, sie zu vereinigen, zu organisieren, zu leiten und zum Sieg zu führen."

Heute wie damals gilt, daß der Kampf gegen den Imperialismus den engen Zusammenschluß aller wahrhaft kommunistischen Parteien erfordert. Und heute gilt auch, daß — wie Lenin lehrte — eine solche Einheit nur möglich ist auf dem Boden der unerschütterlichen Treue zum Marxismus-Leninismus, daß eine solche Einheit, ein siegreicher Kampf gegen den Imperialismus den prinzipienhaften Kampf gegen den Revisionismus voraussetzt.

Proletarischer Internationalismus

Heute machen die sowjetischen oder chinesischen Revisionisten einen schändlichen Gebrauch von Begriffen wie dem des „proletarischen Internationalismus", wobei sie diese Begriffe vollständig ihres wirklichen Inhalts berauben. Der „proletarische Internationalismus" der Marke Moskau oder Peking ist nur ein Werkzeug, das die sowjetischen und chinesischen Machthaber zur Erreichung ihrer imperialistischen Ziele einsetzen. Ihre sogenannte Hilfe oder Unterstützung für die Völker ist stets verbunden mit versklavenden Bedingungen, mit dem Versuch, diese Völker unter ihre Kontrolle zu bringen. Unter dem Deckmantel des proletarischen Internationalismus treten diese Verräter gegen den proletarischen Klassenkampf auf, predigen sie den Verzicht auf die gewaltsame Revolution, wobei die chinesischen Revisionisten so weit gehen, daß sie in den Fußstapfen der Führer der II. Internationale die Arbeiterklasse des Westens offen zur „Vaterlandsverteidigung" an der Seite der Monopolbourgeoisie aufrufen und sie in einen neuen imperialistischen Krieg zu hetzen versuchen.

Demgegenüber müssen wir uns vor Augen halten, was Lenin gelehrt hat: **„Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern."** Von dieser Lehre haben sich die wahrhaft kommunistischen Parteien immer leiten lassen. Von den Bastionen des wirklichen proletarischen Internationalismus aus haben sie die Spaltung durch den Opportunismus bekämpft. So war es nach dem Verrat der Führer der II. Internationale. So war es nach dem Verrat der Chruschtschow-Revisionisten in den 50er und 60er Jahren. Und so war es auch nach dem offenen Auftreten des heutigen chinesischen Revisionismus, der die konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" zur Grundlage hat.

Gerade im Kampf gegen den chinesischen Revisionismus hat die heutige marxistisch-leninistische Weltbewegung ihre Einheit gestärkt und sich enger zusammengeschlossen. Es zeigte sich in diesem Kampf, daß die Mehrheit der marxistisch-leninistischen Parteien die revolutionäre Linie verteidigten und den chinesischen Revisionismus zurückwies. Wo das nicht der Fall war, haben die marxistisch-leninistischen Kräfte die Initiative zur Schaffung neuer wahrhaft kommunistischer Parteien ergriffen, was in einigen Ländern schon erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Die marxistisch-leninistische Bewegung ist aus dem Kampf gegen den chinesischen Revisionismus gestärkt hervorgegangen. Sie hat in diesem Kampf ihre Einheit weiter festigen können. Das kam in einer Reihe von gemeinsamen Erklärungen, in Beratungen und Konsultationen oder auch bei der wissenschaftlichen Tagung vom Oktober 1978 in Tirana zum Ausdruck.

Im Rechenschaftsbericht, den der Genosse Ernst Aust auf dem IV. Parteitag der KPD/ML erstattete, heißt es: **„Unsere Partei steht seit ihrer Gründung fest in der Weltfront des internationalen Kommunismus. Sie wird auch in Zukunft unerschütterlich am Prinzip des proletarischen Internationalismus festhalten, alle Möglichkeiten zu bilateralen und multilateralen Beratungen und zu gemeinsamen Handeln der Bruderparteien nutzen, um so zur weiteren Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung beizutragen.**

Die engen und brüderlichen Beziehungen zur ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze waren und sind für unsere Partei nicht nur eine große Ehre, sondern stets auch eine unschätzbare Hilfe. In vielen Fragen haben uns gerade die Beratungen mit den albanischen Genossen geholfen, Fehler zu erkennen und neue Entwicklungen richtig einzuschätzen.

Im Kampf für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung ist zweifellos noch viel zu tun. Bei allen Erfolgen, die erzielt worden sind, können wir uns mit dem Erreichten keineswegs zufrieden geben. Es ist die Auffassung unserer Partei, daß im Kampf für die Verstärkung der Einheit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien auch neue politische und organisatorische Formen geschaffen werden müssen, die einen besseren und direkteren Erfahrungsaustausch und intensivere Beratungen zwischen den Bruderparteien sowie ein größeres Maß gemeinsamen Handelns gegen den Klassenfeind ermöglichen, damit die kommunistische Weltbewegung voll und ganz den Kampfruf von Marx und Engels verwirklichen kann: Proletarier alle Länder, vereinigt euch!



Die iranische Frau ist eine treibende Kraft der Revolution

Khomeiny, der Schleier und die iranische Revolution

Die Presse unseres Landes hat ihr Herz für die iranische Frau entdeckt. Wortgewaltig wird im westdeutschen Blätterwald gegen den islamischen Schleier gefochten. Das scheint auf den ersten Blick verwunderlich. Erinnert man sich doch daran, daß zur Zeit der faschistischen Schah-Diktatur die gleiche Presse keine Notiz von den geschundenen, gefolterten und hingemordeten Frauen des Volkes nahm. Daß stattdessen umso ausführlicher die Soraya und Farah ins bunte Bild gerückt wurden. Warum also auf einmal diese tiefe Sorge um die Rechte der iranischen Frau?

Um darauf eine Antwort zu finden, muß man sich nur einmal ansehen, welche Schlußfolgerungen die „Bild"-Zeitung in ihrer Ausgabe vom Samstag aus dem Schleier-Gebot der iranischen Religiösen zieht: „Man kann gegen den Schah sagen, was man will: Gegen Khomeiny war er ein aufgeklärter, volksnaher Reformpolitiker." Darum geht es also. Das ist nicht nur bei „Bild", sondern in der ganzen gegenwärtigen Kampagne die Tendenz: Für die Menschen im Iran kommt es noch schlimmer als unter dem Schah-Regime!

Da kann man dann lesen, daß die Frauen aller Rechte beraubt würden, die sie früher hatten, daß heute schon mehr politische Gefangene in den Gefängnissen säßen als unter dem Schah, daß überhaupt der jetzige Terror — man denke nur an die Hinrichtungen! — den früheren bei weitem überträfe. Und auf dieser Welle schwimmen auch solche Blätter, die man nicht unbedingt mit „Bild" auf eine Stufe stellen möchte. Da konnten etwa die Leserinnen der Frauenzeitschrift „Emma" in Bezug auf den Savak, das grausamste Mordinstrument der Schah-Diktatur erfahren: „Eine andere Savak macht sich breit — stärker und entschlossener noch als die alte."

Und das soll die Wirklichkeit des heutigen Iran sein? Die Tatsachen sehen anders aus. All die flinken Schreiberlinge von „Bild" und Co. haben doch eines „vergessen", nämlich daß es unter der Schah-Diktatur überhaupt keine Rechte für das Volk gab, weder für die Männer noch für die Frauen; daß im alten Regime die Söhne und Töchter des Volkes eingekerkert waren, während die „politischen Gefangenen" von heute die Schergen und Folterer von damals sind; daß früher die Patrioten ermordet wurden und heute die Massenmörder vor den Erschießungskommandos stehen.

Wenn wir diese unleugbaren Tatsachen feststellen, dann heißt das natürlich nicht, daß wir damit die gegenwärtige, von Khomeiny eingesetzte bürgerliche Regierung und ihre Politik verteidigen wollen. Im Gegenteil — die Ereignisse der letzten Wochen haben immer deutlicher gezeigt, daß diese Regierung sich bemüht, die revolutionäre Bewegung des Volkes einzudämmen und zu zerschlagen. Das iranische Volk steht in diesen Tagen in einem großen Kampf für die Verteidigung und Weiterentwicklung der Errungenschaften der Revolution. Dazu gehört der Kampf der Arbeiter in verschiedenen Betrieben um die Errichtung revolutionärer Komitees; der Kampf um die weitere Zersetzung der alten Armee und den Aufbau einer Volksarmee; der Kampf der nationalen Minderheiten um Selbstbestimmung und natürlich auch der Kampf der Frauen für ihre Rechte, gegen jede Art der religiösen Bevormundung.

Die gegenwärtige Pressekampagne zielt in Wahrheit genau gegen diesen Kampf. Man schlägt Khomeiny und meint die revolutionäre Bewegung des Volkes. Das kommt zum Ausdruck in der unverschämten Aufwertung und Verteidigung des alten Regimes, das durch diese Bewegung und nicht durch die Appelle eines Khomeiny gestürzt wurde. Das zeigt sich daran, daß immer drängender gefordert wird, der Iran möge sich endlich auf den Weg der „westlichen Demokratie" begeben. Das heißt: auf den Weg der Stabilisierung der bürgerlichen Diktatur, die den ausländischen Imperialisten wieder ihr altes „Recht" auf die Ausplünderung des Iran einräumen würde. So dient diese Kampagne dazu, im Iran diejenigen Kräfte zu stützen, die den Weg der Liquidierung der revolutionären Errungenschaften und der Unterordnung unter den Imperialismus gehen.

Daran sollte man denken, wenn hier die Krokodilstränen für die iranischen Frauen rollen und über den islamischen Terror gejammert wird.

Bonner Politiker halfen Rassisten-Image aufzupolieren

Bestechungsgelder aus Südafrika

Einflußreiche Persönlichkeiten — Politiker, Journalisten, Gewerkschaftsführer — aus den westlichen Ländern, unter anderem aus der Bundesrepublik, haben von den südafrikanischen Rassisten Bestechungsgelder angenommen. Dies geht aus Enthüllungen des ehemaligen Staatssekretärs des südafrikanischen Informationsministeriums, Eschel Rhoodie, hervor.

Rhoodie ist eine der Schlüsselfiguren des Informationsskandals, der seit fast einem Jahr das Gangsterregime in Südafrika erschüttert. Dabei geht es um den massiven „psychologischen Propagandakrieg", den die Rassisten seit den frühen 70er Jahren mit dem Ziel führen, den Ruf ihres Staates in der Welt aufzubessern. In dieser Kampagne wurden vor allem „unkonventionelle" Methoden angewandt, zum Beispiel Bestechung. „Wenn es notwendig sein sollte", war die Richtlinie, „einen Nerzmantel für die Frau eines Verlegers zu kaufen, sollte das genauso möglich sein, wie einen Mann mit seiner Geliebten für einen Monat in die Ferien nach Hawaii zu schicken." Aus dem Geheimfonds, der dem Informationsministerium und dem Staatssekretär Rhoodie zur Verfügung stand, wurden rund 170 „Projekte" in aller Welt finanziert. Dabei wurden Redaktionen und Public-Relations-Firmen „eingekauft" und Politiker bestochen.

Als im letzten Frühjahr die Machenschaften in der Öffentlichkeit bekannt wurden, ließen die Rassisten Rhoodie und seinen Chef, den Informationsminister Mulder, fallen. Rhoodie floh Ende 1978 aus Südafrika und gab nun, um sich an seinen früheren Freunden zu rächen, Einzelheiten aus der Affäre preis.

Rhoodie belastete jedoch nicht nur die Regierung in Pretoria, er lenkte auch die Aufmerksamkeit auf Politiker aus den westlichen Ländern. So soll zum Beispiel der jetzige französische Staatspräsident Giscard d'Estaing eine Rede gehalten haben, die im südafrikanischen Informationsministerium geschrieben worden war. Die südafrikanischen Gelder seien hauptsächlich in die USA, nach Frankreich, Großbritannien, Japan und in die Bundesrepublik geflossen.

Was die Bundesrepublik betrifft, nannte Rhoodie keine Namen; welche „Projekte" das Rassistenregime hier finanziert hat, ist bis jetzt unbekannt. Bekannt ist nur eine Kette einschlägiger Aktivitäten, von denen hier nur einige genannt seien.

Franz-Josef Strauß unternahm mehrere Reisen nach Südafrika und setzte sich wärmstens für das dortige Regime ein. Warme Worte fanden auch die Christpolitiker Habsburg und Todenhöfer.

Der IGM-Chef Loderer bereiste zu Beginn des letzten Jahres das Reich der Rassisten und warnte hinterher leidenschaftlich vor einem Boykott des Regimes.

Die Beziehungen von Bundeswehroffizieren zu den südafrikanischen Rassisten sind bekannt. 1975 mußte der Bundeswehrgeneral Rall zurücktreten, nachdem er bei einer Geheimreise nach Südafrika über die Vermittlung von atomarem Know-how an Südafrika für militärische Zwecke verhandelt hatte.

Schließlich haben Firmen wie VW, STEAG, Hoechst, Siemens, AEG und andere ihre Niederlassungen in Südafrika und erfreuen sich bei der Ausbeutung der schwarzen Arbeiter einer guten Zusammenarbeit mit den Rassisten.

Begin: „Jerusalem ist Israels ewige Hauptstadt"

Am Montag wurde in Washington der separate Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten unterzeichnet. Dieser Vertrag besiegelt die Isolierung Ägyptens innerhalb des arabischen Lagers und unterwirft das Land noch weiter den imperialistischen Interessen Washingtons (siehe auch RM Nr. 11 und 12/79).

Noch unmittelbar vor der Unterzeichnung machte der israelische Regierungschef Begin unmißverständlich klar, daß sein Regime niemals daran denke, dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren. An die Adresse seines ägyptischen Amtskollegen Khalil gerichtet — der behauptet hatte, Israel habe sich mit dem Friedensvertrag zum Abzug aus den 1967 besetzten Gebieten, einschließlich Ostjerusalems, verpflichtet — erklärte Begin mit beispielloser Arroganz: „Mein lieber verehrter Doktor Khalil, schreiben Sie sich das hinter die Ohren: Jerusalem, das eine Jerusalem, ist Israels ewige Hauptstadt. Es wird niemals wieder geteilt werden."

Zur gleichen Zeit, wo Begin nach Washington reiste, um den Friedensvertrag zu unterzeichnen, verweigerte seine Regierung einer Kommission des UNO-Weltsicherheitsrates die Einreise nach Israel. Die Kommission wollte die Lage des palästinensischen Volkes in den 1967 besetzten Gebieten erkunden. Das israelische Regime ist wiederholt wegen seiner barbarischen Besatzerpolitik von der UNO verurteilt worden.

Herstatt-Prozeß in Köln

Geschäfte mit der Bankpleite

Am 23. März begann in Köln vor der 16. Großen Strafkammer des Kölner Landgerichts der Prozeß gegen den Bankier Iwan D. Herstatt, seinen Chefdevisenhändler Dany Dattel und verschiedene andere Führungskräfte und Spekulanten der zusammengebrochenen Herstatt-Bank. Nicht angeklagt ist der Versicherungsmonopolist Gerling, dem 81,4 Prozent der Bank gehört hatten. Bei dem Zusammenbruch der Bank im Juni 1974 waren Tausende von kleinen Sparern um einen Teil ihrer Einlagen geprellt worden.

Die Herstatt-Pleite war die größte Bankpleite der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Banker hinterließen ein Defizit von insgesamt 1,2 Milliarden Mark. Gerling, der große Finanzier im Hintergrund, suchte sich zunächst aus der Affäre zu ziehen und sich selbst als Herstatt-Geschädigter darzustellen. Auf Druck der Öffentlichkeit und um einem Herstatt-Konkursverfahren zu entgehen, mußte er sich jedoch schließlich mit einem Teil seines Versicherungskonzerns an den Verlusten der Bank beteiligen. Die Sparer erhielten jedoch nur 65 Prozent ihrer Einlagen zurück.

Die Anklage vor dem Kölner Landgericht lautet auf Untreue, Betrug, Bilanzfälschung und Devisenmanipulation. Alle Angeklagten befanden sich aber zu Beginn des Prozesses auf freiem Fuß. Sie hinterlegten dafür Kautionen bis zu zwei Millionen Mark. Schon daran kann man sehen, daß sie an dem Zusammenbruch der Bank noch ihren goldenen Schnitt gemacht haben. Während die kleinen Sparer teilweise existenzbedrohende Einbußen hinnehmen mußten, können sich diese Herren ungeniert an ihren zusammengerafften Millionen erfreuen.

Ob die Herren in dem Kölner Prozeß überhaupt verurteilt werden, ist mehr als fraglich. Die Anklageschrift umfaßt 1.192 Seiten. In dem Verfahren müssen mehr als 100.000 Devisen- und Termingeschäfte, 25 Hauptaktenbände und 25.000 EDV-Unterlagen geprüft werden. Die voraussichtliche Dauer des Prozesses wird jetzt schon auf zwei bis drei Jahre geschätzt. In dieser Zeit kann viel passieren. Und die Angeklagten haben vorgebaut. Erstens werden sie von einer Riege renommierter und teurer Anwälte verteidigt. Zweitens läßt sich heute schon bei den Hauptangeklagten eine „Verhandlungsunfähigkeit aus Krankheitsgründen" absehen. Dattel erschien wegen „akuter Angstneurose" schon zum ersten Verhandlungstag nicht; Herstatt deutete mit „Herzkrämpfen" seinen baldigen Ausstieg aus dem Prozeß an. Drittens gerät bei einem Fehlen Herstatts und Dattels auch für die restlichen Angeklagten die Anklage erheblich in Beweisnot. — Die Millionen indes, die der Prozeß kostet, trägt der Steuerzahler.

Während einen kleinen Kaufhausdieb oder einen Schwarzfahrer die ganze Härte des Gesetzes trifft, werden die Millionenbetrüger mit Samthandschuhen angefaßt. Das ist nicht weiter verwunderlich. Denn das Fälschen, Prellen, Betrügen und Berauben ist in der kapitalistischen Gesellschaft der Ausbeutung und der Geschäftemacherei schließlich „normal" — soweit es nur in genügend großem Stil und mit der gebotenen Seriosität betrieben wird. An der Seriosität haben es die Herstatt-Banditen allerdings fehlen lassen, und das allein ist ihr Vergehen vor dem bürgerlichen Gesetz!

Mit dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank 1974 endete jedoch nicht das Herstatt-Geschäft. Ein ganzer Schwarm von Geschäftemachern hat sich seither gleichsam auf dem Bankenkadaver niedergelassen und Millionensummen herausgezogen:

- Der Vergleichsverwalter Dr. Walter Reiss kassierte für seine nunmehr fast sechsjährige „Tätigkeit" bislang 8.320.096 Mark;
- 13 Rechtsanwälte des Gläubiger-Beirats kassierten Summen zwischen 607.351 und 17.330 Mark;
- Zwei Wirtschaftsprüfer kassierten je 3,6 Millionen Mark pro Jahr;
- Eine Juristen-Sozietät erhält pro Monat 143.000 Mark.

Die Auflösung der zusammengebrochenen Herstatt-Bank hat übrigens enorme Gewinne erbracht: 200 Millionen Mark. Von dieser Summe erhalten aber die geprellten Kleinen nichts mehr. Den Brocken teilt vor allem ein sogenannter Herstatt-Hilfsfond unter sich auf. Und der Hauptbeteiligte in diesem Fond ist — Gerling.

Dattel, Herstatt, Gerling — wer trägt die Unkosten?




Gestern ham ma g'suffa, heute san ma krank (Iwan D. Herstatt im Wandel der Zeiten)

Es sind in der Öffentlichkeit nur einige der direkt Beteiligten bekanntgeworden, von weiteren wissen wir nichts.

Einer ist Dany Dattel, Herstatts ehemaliger Devisenhändler. Allein in der Herstatt-Zentrale hat er Goldbarren für 3,5 Millionen Mark liegen, und weitere zehn Depots sind bekannt. Man spricht von 12,5 Millionen. Auf die Frage, wie man an so viel Geld kommt als Angestellter, antwortet er zynisch: „Indem man eine reiche Frau heiratet oder im Lotto gewinnt . . ."

Ein zweiter ist sein Chef Herstatt. Entgegen den weinerlichen Geschichten, die der „Kölner Stadtanzeiger" verbreitet, daß Iwan D. in Zukunft Erbsensuppe essen und die Spardose seines Sohnes aufbrechen müsse, oder was der „Express" rührseelte, daß der Gerichtsvollzieher nichts gefunden habe zum Pfänden, hat Herstatt kurz vor Schluß die Konten seiner Mutter und seiner drei Kinder leergeräumt. Wer solche Zeitungsmärchen glaubt, der übersieht auch, was Herstatt vorher schon alles abgesahnt hatte. Laut seiner eigenen Bilanz fielen im Jahre 1973 für Herstatt allein 1,06 Millionen ab aus der Bank. Das sind an jedem „Arbeitstag" rund 5.000 Mark. In jeder Bankiersstunde mehr als 600 Mark.

Gerling, der Hauptbesitzer des Ganzen, ließ schnell noch vor der Schließung die Grundstücke seiner eigenen Bank an sich selbst verkaufen, für 25 Millionen Mark wahrscheinlich unter Marktwert, um sie der Konkursmasse zu entziehen.

Ein anderes Geschäft wurde nach der Pleite bekannt, wahrscheinlich nur eines von vielen: Gerling ließ von einer seiner Versicherungsgesellschaften Gold kaufen, und als sich bei diesem Spekulationsgeschäft ein Gewinn von 1 Million Mark abzeichnete, ließ er den Kauf rückwirkend schnell auf sich persönlich übertragen. Ist schon die Manipulation selbst bezeichnend, so ist es aber um so mehr diese Art von Profitmacherei. Man muß sich vorstellen: eine Million Mark durch eine einzige Transaktion am Telefon oder ein Fernschreiben . . .

Sie haben in der „Not" aber nicht nur an sich selbst gedacht, sondern kurz vor der Pleite schnell auch noch ein paar Freunde informiert. Nach einer Nachricht der „holbachkorrespondenz" (Nr. 15/74), einem „vertraulichen" Wirtschaftsinformationsdienst, hoben Herstatts Karnevals-Gesellschaft Rote Funken ebenso noch ihr Geld ab wie der Verlag der „Kölnischen Rundschau" . . .

Von nichts kommt nichts, heißt eine alte Volksweisheit, und so muß auch das Geld, das bei der Pleite auf der Strecke blieb beziehungsweise in andere Unternehmertaschen geflossen ist, irgendwoher gekommen sein und von irgendwem aufgebracht werden. Gezahlt haben zunächst die Herstatt-Geschädigten selbst . . .

Gezahlt haben aber auch die Einleger und Sparer bei den öffentlichen Banken, die mit einigen hundert Millionen Mark bei Herstatt dabei sind. Selbst wenn sie ihre Sparguthaben dadurch nicht verlieren, müssen die Verluste ja getragen werden. Wenn das nicht durch öffentliche Zuwendungen geschieht (und dann blechen im Grunde genommen **alle** Steuerzahler), dann werden die betroffenen Banken (. . .) dementsprechend ihre Preise und Leistungen hochhalten; also niedrige Zinsen zahlen und hohe verlangen. Gezahlt haben auch die Kirchensteuerzahler, von deren Abgaben der Kölner Kardinal 30 Millionen Mark verplempert hat. Und zahlen müssen endlich alle diejenigen Bürger der Stadt Köln, die schon bald spüren werden, daß im Stadtsäckel 189 Millionen Mark fehlen werden . . ."

(„Kölner Volksblatt" vom 1. 10. 74; zitiert nach Engelmann/Wallraff „Ihr da oben — wir da unten").

Bereit zur Menschenjagd



Die Wachmannschaft eines Konzentrationslagers? — Nein! Das Foto zeigt eine Hundeschule der Volkspolizei der DDR. Hier werden Schäferhunde abgerichtet zum Einsatz gegen die Werktätigen des Mauerstaates. Im Begleittext der DDR-Zeitschrift „Neue Berliner Illustrierte", die das Foto brachte, heißt es: „Der Diensthund ist für viele Volkspolizisten ein treuer und unentbehrlicher Begleiter zu jeder Tages- und Nachtzeit. Besonders wertvoll ist der ständige Weggefährte im Streifendienst der Schutzpolizei. Die Schutzhunde werden so ausgebildet, daß man sie auch zum Aufspüren von Personen oder Gegenständen einsetzen kann. (. . .) Schutzhunde schützen den Hundeführer vor Angriffen, verfolgen flüchtige Personen und zwingen sie zum Stehenbleiben."



Samstag, 31. März, 21.15 Uhr, Hessen III. Zeitgeschichte im Fernsehen: **Gericht über Auschwitz.** Der Prozeß in Frankfurt.

\+ + +

Samstag, 31. März, 22.15 Uhr, Hessen III: **So verging meine Zeit, die mir auf Erden gegeben war. Ernst Busch und sein Jahrhundert.** Sendung über den berühmten proletarischen Sänger und Schauspieler Ernst Busch.

\+ + +

Sonntag, 1. April, 14.40 Uhr, ARD: **Die Vorstadtkrokodile.** Fernsehspiel des Arbeiterschriftstellers Max von der Grün. Es geht um die Probleme eines körperbehinderten Jungen, der gerne der „Krokodilerbande" angehören würde. Die Bande aber will — zunächst — nichts von ihm wissen.

\+ + +

Sonntag, 1. April, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I: **Minna von Barnhelm oder Das Soldatenglück.** Lustspiel von Gotthold Ephraim Lessing.

\+ + +

Montag, 2. April, 21.15 Uhr, WDR III: **Nachtasyl.** Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1936 nach dem gleichnamigen Theaterstück von Maxim Gorki. Regie: Jean Renoir.

\+ + +

Donnerstag, 5. April, 23.00 Uhr, ARD: **Schneeglöckchen blühn im September.** Fernsehspiel von Christian Ziewer und Klaus Wiese. — Die Männer einer Akkordkolonne im Kesselbau sollen die Arbeit eines ausgefallenen Kollegen übernehmen. Weil sie sich mit der Ausgleichsprämie nicht zufriedengeben wollen, kämpfen sie gemeinsam für eine angemessene Leistungszulage. Das Unternehmen sucht mit Entlassungen den Kampf zu brechen . . .

\+ + +

Freitag, 6. April, 23.15 Uhr, ZDF: **SWD — Der Bund der großen Tat.** Sowjetischer Stummfilm aus dem Jahre 1927. Regie: G. M. Kosinzew und L. Trauberg. Den Inhalt des Films bildet der Aufstand junger Adeliger — der „Dekabristen" — gegen das Regime des Zaren Nikolaus I. im Jahre 1825.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag Roter Morgen Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN,** Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD,** Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201/ 62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 **FRANKFURT,** Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.